

Rußland unter Gorbatschow und Jelzin


Der politische Wandel in Rußland 1985 - 1996

Bernhard Nowak

 home page

1. Grundzüge der russischen Geschichte
2. Bilanz der Ära Breschnjew (1964-1982) und der Aufstieg Gorbatschows
3. Michail Gorbatschow: Werdegang bis zur Machtübernahme
4. Perestroika und Amtszeit Gorbatschows (1985-1991)
5. Warum scheiterte die Perestroika ?
6. Rußland unter Boris Jelzin (1991-1996)
 - a. Biographie: Boris Jelzin
 - b. Wirtschaftsreformen und soziale Lage in Rußland seit 1991
 - c. Wirtschaftskriminalität und Mafia
 - d. Grundzüge der politischen Entwicklung unter Jelzin
 - e. Der Tschetschenienkrieg und seine Ursachen
 - f. Grundzüge der russischen Außenpolitik unter Jelzin
 - g. Fazit der Ära Jelzin
7. Welche Perspektiven einer zukünftigen Entwicklung lassen sich aufzeigen ?
8. Fazit

Ausführung und Design by 

 Letzte Änderung: 26. November 2003

1. Grundzüge der russischen Geschichte

Rußland war und ist eine politische Weltmacht. Auch nach dem Zerfall der UdSSR ist es mit 76% des ehemals sowjetischen Territoriums, mit über 17 Mio qm nach wie vor der größte Staat der Welt. Ihr riesiger Raum umspannt mehrere Zeit-, Klima- und Landschaftszonen in einer Ost-West-Ausdehnung von 9000 km sowie einer Nord-Süd-Ausdehnung von 4000 km. Das Land ist in 89 Gebietseinheiten oder "Föderationssubjekte" gegliedert: in 21 nationale Republiken, die den höchsten Autonomiestatus besitzen, in 6 Regionen, 49 Gebiete und in zwei Hauptstädte mit Sonderstatus (Moskau und St. Petersburg).

"Wenn eine Macht bestimmt ist zu wachsen, dann ist es Rußland" erklärte Siegmund von Herberstein, erster "Botschafter" Kaiser Maximilians I. 1517. In der Tat gingen die staatliche Zentralisierung Rußlands und seine imperiale Expansion der Bildung einer russischen Nation voraus. Gemeinsam mit ihren ostslawischen Verwandten,, den Ukrainern und Weißrussen, beanspruchten die Russen als Ausgangspunkt ihrer staatlichen Geschichte das mittelalterliche Kiewer Reich. Mit seinem Schwerpunkt am Djenpr in der heutigen Ukraine und einem Herrschaftsbereich,, der von Karelien im Norden bis zur Steppengrenze im Süden reichte, wurde dieses ostslawische Reich durch die Taufe des Kiewer Großfürsten Wladimir im Jahre 988 in den byzantinisch-christlichen Kulturkreis einbezogen. Später unterlag es einer politischen Zersplitterung in Kleinfürstentümer und und fiel im 13. Jahrhundert unter die Herrschaft der mongolisch-tatarischen "Goldenen Horde". Der Westen, der dem Königreich Litauen zufiel und katholisch wurde sowie der Norden um Nowgorod entgingen - im Gegensatz zum Nordosten - der mongolischen Herrschaft. In das nordöstliche Waldgebiet im oberen Wolgabecken floß schon im 12. Jahrhundert nach dem Niedergang des byzantinischen Handels ein Einwandererstrom aus den zentralen Gebieten des Kiewer Reiches und verschmolz sich mit der finnischen Urbevölkerung zur Rasse der Großrussen. Der Niedergang der städtischen Kultur und ihrer Warenwirtschaft (d. i. eine Wirtschaft, bei der Waren gegen Geld getauscht werden, wobei der Produzent mit dem Geld andere Waren für seinen Konsum kaufen will,, also ein Prozeß Ware - Geld - Ware) besiegelte auch das Ende der demokratischen Formen der Volksversammlung (Wetsche) in den Städten. Aus dem ehemaligen Kiewer Reich erhielt sich nur der byzantinische Einfluß, am deutlichsten durch die kyrillische Schrift und den starken Einfluß der orthodoxen Kirche manifestiert. Die russischen Fürstentümer standen bis Ende des 15. Jahrhunderts unter der -- im wesentlichen fiskalischen - Oberherrschaft der Goldenen Horde, wobei der Moskauer Fürst insofern eine Sonderstellung genoß, als der den Tatarentribut unter seinen fürstlichen Verwandten eintrieb.

Für uns wichtig sind drei Konsequenzen, die sich aus dieser Entwicklung ergaben: es entstand in Rußland der sogenannte "patrimoniale Staat" (R. Pipes), dessen Herrschaft im Patrimonium, im uneingeschränkten Eigentumsrecht des Fürsten über sein Hofgut wurzelt, dem nach und nach die gesamte russische Gesellschaft einverleibt wurde. Während sich in Europa die Herrschaftsgewalt der europäischen Könige schon früh in das persönliche Eigentum (Krongüter) und die politische Souveränität aufspaltete, waren in Rußland das persönliche Eigentum und die politische Souveränität des Zaren identisch - ihm gehörte ganz Rußland. Zwei weitere wichtige Konsequenzen ergaben sich aus dieser historischen Entwicklung: während es in Westeuropa - bedingt durch den Investiturstreit - zu einer Trennung von Staat und Kirche und somit zu einer Säkularisierung kam, haben Kirche und Krone in Rußland die Staatsgewalt des Herrschers geheiligt und ihr sein Eigentum unterstellt. Die Orthodoxe Kirche erstrebte nie die gleiche Selbstständigkeit und politische Stellung wie ihre westliche Schwester; wohl aber entwickelte sie eine imperiale Doktrin von der "Sammlung der russischen Erde". Als ideologische Rechtfertigung diente die Theorie vom "Dritten Rom": "Unser Herrscher...ist auf der ganzen Erde der einzige Zar über die Christen, der Lenker der heiligen göttlichen Throne der Heiligen, Ökumenischen, Apostolischen Kirche, die, anstelle der Römischen Kirche und der Konstantinopeler Kirche, in der von Gott geretteten Stadt Moskau.... (getreten, B.N.) ist. Sie allein leuchtet aus dem ganzen Erdkreis heller als die Sonne. Denn wisse:

Alle christlichen Reiche sind vergangen und sind zusammen übergegangen in das Eine Reich unseres Herrschers, gemäß den prophetischen Büchern: Das ist das Russische Reich. Denn zwei Rome sind gefallen,, aber das dritte steht, und ein viertes wird es nicht geben."

Außerdem kam es nicht zu einer Bildung freier Städte mit eigenem Rechtsinstitutionen. Das "Dritte Rom" konnte andere Stadtstaaten nicht neben sich dulden. Für "beschworene Kommunen" der Kaufleute und reichen Bürger, die in Westeuropa den Konflikt zwischen Papst und weltlicher Herrschaft nutzten und schon bald eigene Regierungsformen und Gerichtsbarkeit, Münzrecht und die Freiheit der Bündniswahl eroberten, boten die Rückständigkeit der politischen Institutionen und die Verschmelzung von Orthodoxie und byzantinischer Kaisergewalt keine Chance. Die Aufteilung der politischen Macht im Westen verlangte Institutionen zur Regelung von Interessenkonflikten der verschiedenen Machtträger. So entstanden Gerichtshöfe, eine Rechtspraxis und im politischen Bereich Vorläufer von Parlamenten (Magna Charta in England 1215).

Im Gegensatz dazu umfaßte das feudale System in Rußland lediglich Fürst und Bojar. Nachdem Iwan der Schreckliche die Bojaren vernichtet hatte, war das absolute autokratische Herrschaftssystem perfekt. "Ganz Rußland ist meine Wotschina" - pflegte Iwan Grosny zu sagen - "und ich kann es geben, wem ich will." Allen Epochen bis heute blieb gemeinsam, daß im großen Rußland der Mensch die billigste Ware blieb, mit der die Regierenden in großzügiger und verächtlichster Weise verfahren konnten. Es war Peter der Große, der mit seinem Reformwerk die Entwicklung Rußlands zum totalen Dienst- und Militärstaat verwirklichte: Die Armee beanspruchte über 4/5 der Staatsfinanzen in seiner Regierungszeit (1689-1725). Dank der Konzentration auf die militärische Leistungsfähigkeit - unter anderem war die Dienstpflicht des Adels im Heer eingeführt worden - gelang ihm der Durchbruch zur Ostsee und zum Schwarzen Meer. Rußland wurde europäische Großmacht. Guldimann (1984) ist der Ansicht, daß Peter der Große im Gegensatz zu Iwan dem Schrecklichen, der mit seiner Terrorpolitik gegen die Bojaren und Handelsstädte (Nowgorod) vor allem den gesellschaftlichen Mittelbau ausschaltete und dabei zum Teil Unterstützung bei den Massen fand, beim Volke verhaßt gewesen sei. Er zitiert: "Was ist das für ein Zar ? Uns alle hat er zum Dienste gezwungen, unsere Bauern und unser Gesinde verschleppt er zur Armee, nirgends kann man sich vor ihm verbergen...stets gibt es neue Steuern..."

Seine Nachfolgerin, Katharina II., ebenfalls mit dem Attribut "groß" ausgezeichnet,, leistete sich eine Brieffreundschaft mit Voltaire, in der sie das Schicksal der Leibeigenen beklagte, während sie an ihre wechselnden Günstlinge russische Bauern zu Tausenden verschenkte. Ihr Rußland war größer als das heutige. Aber um sie und ausländische Diplomaten zu beeindrucken, baute Fürst Potemkin auf der gerade eroberten Krim Dörfer als unbelegte Kulisse.

Die gesellschaftlichen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts, der Anfang des Weges von der "Ware Mensch" zum mehr und mehr respektierten Teilhaber im Staat - ein opferreicher Prozeß auch in westlichen Industriegesellschaften - erreichten Rußland nur im Ansatz. 1861 ließ Alexander II. die Leibeigenschaft aufheben, aber auch dies blieb ein halbherziger Schritt ohne konstitutionelle und wirtschaftliche Konsequenzen. Rußland bewegte sich die meiste Zeit gar nicht oder mit quälender Langsamkeit. Die Reform von 1861 brachte keine Lösung für die wirtschaftlichen Strukturprobleme der russischen Landwirtschaft. Diese sind in Stichworten: kurze Vegetationszeiten, rauhes Klima, ungeschützte flache Ebenen im russischen Kernland, schlechte Böden, ungünstige Verteilung der Niederschläge, zu wenig Arbeitskraft,, knappe Zeit für Feldarbeit, keine Märkte zur Abnahme von Überschüssen, schlechte Infrastruktur und geringe Verkehrsdichte. Daher verstärkte die Reform das revolutionäre Potential der Massen (Guldimann, 1984). Die Belastung durch hohe Ablösezahlungen und Steuern verhinderte den erhofften Produktionsaufschwung. Die enorme Zunahme der ländlichen Bevölkerung von 45 Mio. im Jahre 1861 auf 110 Mio. im Jahre 1917 verschärfte das Elend in den russischen Dörfern. Die Reform von 1861 löste zwar das persönliche

Abhängigkeitsverhältnis der Bauern vom Gutsherren, jedoch bewirkten die hohen Ablösesummen für den den Bauern zugeteilten Boden lediglich, daß die Bauern noch enger an ihre Dorfgemeinschaft, den Mir, gebunden waren, der die Summe, wie bereits die vor der Reform geltende Kopfsteuer, aufbringen mußte. Aus dieser Dorfgemeinschaft konnte sich der Bauer nur mit einem hohen Lösegeld freikaufen.

Versuche des 1911 ermordeten Regierungschefs Stolypin (über dessen Reformversuche sich Gorbatschow 1984 informieren ließ), Privateigentum, Marktbeziehungen und das Leistungsprinzip in der Landwirtschaft einzuführen (u.a. sollte der Bauer jederzeit aus der Dorfgemeinschaft austreten können), scheiterte aus zwei Gründen: Erstens wurde der mächtige Grundbesitz des Adels, eine Ursache der bäuerlichen Landarmut, nicht angetastet, außerdem wehrten sich viele Bauern vor dem Austritt aus der Obtschina. Sie wollten nicht die Risiken auf sich nehmen, die eine Einzelwirtschaft mit sich brachte. Die für mich größte Leistung von Jelzin ist es, daß die Verfassung von 1993 und ein Dekret aus dem Jahre 1996 endlich dem Landwirt eigenen Boden und private Nutzung einräumt. Versuche Gorbatschows dazu waren von der KPdSU immer blockiert worden. Ob das neue Dekret die erhoffte Wirkung zeitigt (nähere Informationen hierzu: FAZ-Länderanalyse Rußland, August 1996) muß abgewartet werden.

Im 1. Weltkrieg trug das Volk die Lasten nicht länger: die Dorfgemeinschaft selbst, der Mir, griff Besitzungen der Gutsherren an und verwüsteten viele von ihnen (Schmidt-Häuer, 1993). Lenins Parole: "Frieden, Land, Brot" zündete und die Bauern stützten in ihrer überwältigenden Mehrheit zunächst die Bolschewiki. Doch auch diese nahmen die patrimoniale Tradition nach 1917 wieder auf: so stürmten sie die Konstituierende Versammlung, das einzige demokratisch gewählte Gremium der Oktoberrevolution, am 9. Januar 1918, weil sie dort in der Minderheit geblieben waren.

Das Schicksal der Oktoberrevolution wurde entschieden und bestimmt vom fast dreijährigen Bürgerkrieg von 1918 bis 1920. Das Brot wurde knapp, vor allem in den Städten, wo die Produktion in Folge von Fabrikbesetzungen zusammengebrochen war. Zum Kauf des Getreides konnten die Städte den Bauern nur wertloses Papiergeld anbieten, der Warenverkehr zwischen Stadt und Land versiegte, eine Hungersnot brach aus. Das Volkskommissariat für Ernährungswesen erhielt im Mai 1918 alle Vollmachten, die Bauern zur Abgabe ihrer Erzeugnisse zu zwingen. Diese Plünderungspolitik veranlaßte diese wiederum, sich nur um die Sicherung ihres minimalen Eigenbedarfes zu kümmern. Die Krise verschärfte sich in der Dürre von 1921 und wiederholte sich 1924. Das Land lag in Ruinen: das Nationaleinkommen und die Industrieproduktion waren in jenem Jahr (1921) auf ein Drittel des Standes von 1913 gesunken (Schmidt-Häuer, 1993). Als der Widerstand gegen die Zwangseintreiber, die aufgrund der katastrophalen Versorgungslage der städtischen Arbeiterschaft immer rücksichtsloser Getreide in den Städten beschlagnahmten, sich zu einer Aufstandsbewegung 1921 ausweitete, schaltete Lenin auf dem X. Parteitag der Bolschewiki im März 1921 auf die sogenannte "Neue Ökonomische Politik" (NEP) um, die auch Gorbatschows Reformdebatten prägte: Laut Christian Schmidt-Häuer (1993) erlaubte sie Bauern und Gewerbetreibenden wieder Privatinitiative. Mit Einschränkungen durften auch Pachtverträge geschlossen und Lohnarbeiter eingestellt werden. Anfang 1922 gab es bereits 10 000 solcher Betriebe (Schmidt-Häuer, 1993). So brachte die NEP trotz aller Widersprüche ein gewisses Maß an Pluralismus in Wirtschaft und Gesellschaft und führte zu theoretischen Diskussionen mit - begrenzter - Meinungsfreiheit. Doch zugleich wurde - um die wirtschaftlichen Konzessionen durch verstärkte politische Kontrolle wieder auszugleichen - auf dem X. Parteitag in ebendiesem März 1921 das Fraktionsverbot innerhalb der KPdSU eingeführt und der zentrale Parteiapparat erhielt das Recht, mit Parteistrafen zu richten und die Posten im Land zu verteilen. Vorsitzender des zentralen Parteiapparates wurde als Generalsekretär 1922 Josef Stalin. So kehrte die Führung erst recht zu dem patrimonialen Erbe der Zarenzeit zurück. Die Folgen von Stalins brutaler Diktatur sind bekannt. Er ist als Verursacher der großen Probleme anzusehen, vor denen das Land Ende der 1970-er und Anfang der 1980-er Jahre stand: durch Vernichtung der Kulaken und Kollektivierung der Landwirtschaft, durch massive extensive Rohstoffausbeutung und

durch das völlige Primat auf die Belange der Schwerindustrie - hier wieder in Tradition zu Peter dem Großen - stand das Land am Ende der Ära Breschnjew vor dem Offenbarungseid. Es war Stalins großer Sprung nach vorne, den er am 04.02.19931 - vier Tage nach Jelzins und einen Monat vor Gorbatschows Geburt - ankündigte: "Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in 10 Jahren durchlaufen. Entweder wir bringen dies zustande oder wir werden zermalmt", der zur wirtschaftlichen Katastrophe führte. Unter unvorstellbaren Opfern wurde das Riesenreich in ein neues Zeitalter hineinkatapultiert. Die Zwangskollektivierung kostete Millionen an Opfern, es brach eine unvorstellbare Hungersnot aus. Bis heute muß Rußland daher Getreide importieren. Für den Mittelbauern wurde es zu gefährlich, zu viel zu produzieren, da er dann in die Rubrik: "Kulak" (Großbauer) geraten konnte und damit in Lebensgefahr geriet. Am Ende der 1980-er Jahre waren die Möglichkeiten des extensiven Wirtschaftswachstums, der hemmungslosen Rohstoffausbeutung ausgereizt, eine Produktionssteigerung nur durch Übergang vom extensiven zum intensiven Wirtschaftswachstum und somit durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu erreichen (Guldimann, 1984). Der dramatische Verfall der Erdölpreise auf dem Weltmarkt hatte die Deviseneinnahmen drastisch schrumpfen lassen. Nun zeigten sich die Folgen des Raubbaus: Rußland konnte die Fördermengen nach dem Ölpreisverfall nicht erhöhen, weil die Petrodollar nicht in die eigenen Anlagen investiert worden waren. Durch den Primat der Rüstungsindustrie wurden 12-25% der Aufwendungen in die Rüstung investiert, in den USA hingegen nur 6% des Bruttosozialproduktes (BSP) dafür ausgegeben. Die Abschottung des Rüstungssektors vom zivilen Bereich verstärkte die Unsicherheit noch: selbst im Politbüro durfte über militärische Fragen nicht diskutiert werden, der Einsicht in den Staatshaushalt wurde etwa Gorbatschow als Politbüromitglied noch in der Regierungszeit seines Freundes Andropow (1982-1984) von diesem verwehrt: "An den Staatshaushalt lasse ich dich nicht heran", erklärte Andropow Gorbatschow.

Bis heute hat es keine ernsthaften Versuche gegeben, Konversionsprogramme zu entwickeln, die die Rüstungsindustrie mit der zivilen Industrie verflochten hätten. Ansätze dazu wurden zwar unter Gorbatschow diskutiert, unter Jelzin jedoch im Rahmen seiner Hinwendung zu national-autoritären Kräften ab 1993 wieder eingestellt (Trautmann, 1995).

Es bleibt das historische Verdienst Gorbatschows (Simon, 1993), diese Mängel in ihren Grundzügen erkannt und nach seinem knappen Abstimmungserfolg im Politbüro 1985 zumindest den Versuch gemacht zu haben, die Probleme zu lösen. Die daraus folgenden Entwicklungen, v.a. die Nationalitätenkonflikte und der Zerfall eines einzeitlichen Wirtschaftsraumes, konnte er 1985 noch nicht vorhersehen. Dies tat zu jenem Zeitpunkt auch im Westen niemand.

3. Michail Gorbatschow: Werdegang bis zur Machtübernahme

Michail Gorbatschow wurde - wie übrigens auch Boris Jelzin - 1931 während der brutalen Zwangskollektivierung unter Stalin - geboren. Sein Großvater war Mitbegründer und Vorsitzender einer Kollektivwirtschaft. Sein Vater, Sergej, war Mechanisator,

Landtechniker, seine Mutter arbeitete auf dem Feld. Sein Großvater wurde 1937 verhaftet, verschleppt und 1940 entlassen. Gorbatschow wurde getauft und ging mit seiner Mutter, einer bekennenden Christin, regelmäßig zur Kirche. Während der Schulzeit mußte er mitverdienen und arbeitete während der Ernte auf dem Mähdrescher. Für außergewöhnliche Leistungen bei der Ernte ausgezeichnet, erhielt er 1948 den Orden des Roten Banners der Arbeit. Aufgrund des zweitbesten Schulabschlusses 1950 durfte er in Moskau studieren. Er wurde Jurist. Wie sein Biograph Schmidt-Häuer hervorgehoben hat, war dieses Studium für seine Weltanschauung sehr bedeutsam, weil Rechtswissenschaft unter Stalin die einzige Disziplin war, in der die Studenten - wenn auch begrenzt - Einblick in die politische Ideengeschichte anderer Völker - von Hammurabi bis zur Gegenwart - erhielten und sich so zumindest ansatzweise ein eigenes Urteil bilden konnten. Die inzwischen eingeleiteten Rechtsreformen der UdSSR, etwa die Einführung eines Verfassungsgerichtes, die ja unter Gorbatschow diskutiert wurden, wären wohl ohne diese Erfahrungen nicht so schnell erfolgt. Gorbatschow wurde nach Abschluß seines Studiums jedoch niemals praktizierender Jurist, sondern stieg gleich in der Partei auf. Dank Beziehungen zum Moskauer ZK-Sekretär für Landwirtschaft, Kulakow, der ebenfalls aus Stawropol stammte, sowie aufgrund seines ungewöhnlichen Organisationstalentes stieg er zum Ersten Parteisekretär der Region Stawropol auf. Als Parteichef dieser Region konnte er jedoch nur erfolgreich sein, da er in der Zwischenzeit ein landwirtschaftliches Fernstudium abgeschlossen hatte und durch unkonventionelle Ideen seiner Frau Raissa - ihre Diplomarbeit handelte von den Lebensbedingungen der Bevölkerung auf dem Land und operierte mit für damalige sowjetische Verhältnisse ungewöhnlichen Umfragemethoden - beeinflußt worden war.

Sein Versuch, normfreie Brigaden durch ein leistungsbezogenes Bonussystem in der Landwirtschaft einzuführen (was er als Generalsekretär immer wieder propagierte, was jedoch am Widerstand innerhalb der KPdSU scheiterte), stieß auf den Widerstand der Moskauer Zentrale, die ihm die Iprawo-Methode aufzwang, eine Methode alten Stils (durch zentrale Pulks sollte die Ernte schnell eingeholt und besser koordiniert werden), die Kulakow favorisierte. Diese Methode scheiterte jedoch. Die guten Ernten von 1977 und 1978 basierten auf der früher verfolgten Politik der materiellen Anreize. Die Ernteergebnisse, eine beeindruckende Rede vor dem Moskauer Zentralkomitee 1978 und der - bis heute nicht restlos aufgeklärte - Tod seines Förderers Kulakow führten zum Aufstieg Gorbatschows in die sowjetische Führung. Er hatte inzwischen feste Freundschaft mit KGB-Chef Andropow geschlossen, der - so die Witwe Kulakows - seinen Aufstieg nach Moskau durchsetzte. Während Breschnjew seine Freunde Tschernjenko und Tichonow beförderte - wurden - um das Machtgleichgewicht in der obersten Kreml-Führung nicht zu gefährden - auch Gorbatschow und dessen Freund, der langjährige Gorbatschow-Außenminister Schewardnadze, in die oberste Führung gehievt. 1978 wurde Gorbatschow ZK-Sekretär für Landwirtschaft, 1979 Kandidat und 1980 Vollmitglied des sowjetischen Politbüros, der eigentlichen "Regierung" der Sowjetunion. Er unterstützte nach dem Tode Breschnjews 1982 die Wahl seines Freundes Andropow zum Parteichef. Dafür wurde er dessen engster Vertrauter und Kaderchef. Zusammen mit dem Leiter der Personalabteilung der Partei, dem von Andropow aus Tomsk geholten Jegor Ligatschow - der unter Gorbatschow dann Zweiter Sekretär und dessen mächtigster Widersacher wurde - säuberte er die KPdSU von Breschnjew-Anhängern. Er hielt die Rede zu Lenins Geburtstag im April 1983 und unterstützte die - auf die Erhöhung der Arbeitsdisziplin gerichteten - neuen Maßnahmen Andropows. Im Gegensatz zu diesem befürwortete Gorbatschow allerdings auch eine größere Selbstständigkeit der Betriebe. Mit Disziplinikampagnen alleine war es nicht getan - wenn Ersatzmittel fehlten und keinerlei materiellen Anreize für die Bevölkerung hinzukamen. Dies wußten Gorbatschow und seine Berater genau. Dennoch führte bereits die kosmetische Reform unter Andropow zu so starker Beunruhigung in der Parteiführung, daß nach Andropows Tod eine knappe Mehrheit im Politbüro nicht Gorbatschow, sondern Breschnjews "Kronprinzen" Konstantin Tschernjenko zum Kreml-Chef wählte. Während dessen kurzer

Amtszeit (1984-1985) herrschte im Politbüro ein "Patt" zwischen Breschnjew- und Andropow-Anhängern, wie in der Zeitschrift "Sowjetunion heute" vom Februar 1984 versteckt deutlich gemacht wurde. Keine dieser beiden Richtungen konnte sich letztlich durchsetzen. Es wurden daher auch keinerlei Änderungen in der Parteiführung vorgenommen, die das Machtgleichgewicht zugunsten von einer Seite hätten ändern können. Nach Tschernjenkos Tod hatte sich jedoch ein solcher Reformstau ergeben, daß die knappe Mehrheit des Politbüros einsah, daß man an Gorbatschow nicht mehr vorbeikam. In einer Abstimmung setzte er sich gegen Tschernjenkos Favoriten, den Moskauer Stadt-Parteichef Viktor Grischin durch, den er noch im selben Jahr entmachtete. Nachfolger in diesem Amt wurde Boris Jelzin.

4. Perestroika und Amtszeit Gorbatschows (1985-1991)

Gorbatschow und seine Mannschaft hatten - im Gegensatz zu Ligatschow und dessen Anhängern - erkannt, daß eine tiefgreifende Systemreform notwendig wurde. Die sechs Jahre der Perestroika veränderten daher das Land tiefgreifend: die Parteidiktatur wurde durch ein neues politisches System abgelöst, seit 1988/89 erfolgte eine Machtverlagerung von der Partei auf die Parlamente, insbesondere den 1989 neu gewählten Obersten Sowjet der UdSSR. Zwar waren diese Wahlen nicht frei, da sich die KPdSU ein Drittel der Sitze reservieren ließ, jedoch erreichte Gorbatschow sein Ziel: den Abbau des Obrigkeitsstaates und die Überwindung der Passivität der Bevölkerung. Bereits Guldemann (1984) hatte vor den Reformen Gorbatschows festgestellt, daß aufgrund des Leninschen Wahrheitsbegriffes im Kommunismus die Ideologie selber keine Kontrollinstanzen zur Wahrheitsfindung zuließ. Insofern wußte der Bürger selbst nicht mehr, was Wahrheit bedeutete und seine Wertvorstellungen, seine konventionellen Moralvorstellungen, verfielen. Daher legte er nur eine dem eigenen Nutzen orientierte Haltung an den Tag. "Die Diskrepanz zwischen Wahrheitsanspruch und Wirklichkeit und die Auflösung der konventionellen Moralstrukturen entzieht dem System die Grundlage für dezentralisierte Reformstrategien, die die Bevölkerung vermehrt an der politischen und wirtschaftlichen Verantwortung teilnehmen läßt. Zweitens verunmöglicht nicht nur die Unterdrückung jeglicher Öffentlichkeit, sondern vor allem die Bewußtseinspaltung des Bürgers, daß aus der Bevölkerung Opposition und damit ein korrekativer Druck auf das System entstehen könnte" (Guldemann, 1984). Orwell hat diesen Begriff der "Doublethik" in seinem bahnbrechenden Roman "1984" geprägt.

Genau dies erkannte Gorbatschow. Er mobilisierte die Bevölkerung gegen den Parteiapparat, indem er durch Glasnost ein Korrektiv schuf. Auch kulturpolitisch setzte eine Liberalisierung ein: die verbannten Bürgerrechtler, u.a. Sacharow, kehrten zurück und waren aktiv im Reformprozess tätig; Schriftsteller standen nicht mehr unter Parteikontrolle und konnten ohne "sozialistischen Realismus" ungehindert tätig sein; auch systemsprengende Bücher wie "Archipel Gulaq" von Solzhenytsin oder "Leben und Schicksal" von Grossmann konnten veröffentlicht werden. Der staatlich verordnete Atheismus, die Reglementierung der zugelassenen Kirchen und das Verbot vieler Glaubensgemeinschaften gehörten der Vergangenheit an. Kirchen und Religionsgemeinschaften konnten ungehindert tätig sein. Freie historische Forschungen ermöglichten kritische Geschichtsdarstellungen, die die frühere verlogene Geschichtsdarstellung ablösten. Die Sowjetbürger verloren ihre Angst vor der allmächtigen Bespitzelung und Unterdrückung und konnten ihre Meinung auf Veranstaltungen, Konferenzen und Demonstrationen frei und ungehindert zum Ausdruck bringen.

Aber: Die Darstellung der Wirklichkeit führte zu einer Legitimationskrise des Systems, weil sich die bisherige Selbstdarstellung des Regimes als ein Netz von Lüge, Betrug und Selbstbetrug entlarvte. Die Verantwortung dafür wurde zu recht jenen angelastet, die seit Jahrzehnten am Hebel der Macht schalteten; insofern trug Glasnost nicht zur Stabilisierung des Systems bei, sondern untergrub die Autorität des Systems vollends

und führte - im Zusammenhang mit der katastrophalen Wirtschaftslage - zum Zusammenbruch des Systems und des Imperiums.

Entscheidend für den Untergang des Imperiums waren die Fehler in der Wirtschaftsreform. Die Wirtschaftspolitik der Perestroika wurde zu einem vollständigen Mißerfolg, weil sie von der Illusion ausging, man könne einerseits an allen wesentlichen Elementen der sozialistischen Planung festhalten, andererseits jedoch die Marktwirtschaft einführen. So endete die Wirtschaftspolitik der Perestroika 1991 in einem Fiasko: der einheitliche Wirtschaftsraum der UdSSR zerfiel, die alten Strukturen von Planung und Lenkung befanden sich in Auflösung, das administrative Befehlssystem funktionierte nicht mehr, aber marktwirtschaftliche Strukturen oder auch nur die gesetzlichen Voraussetzungen für ihre Etablierung waren nicht geschaffen worden, weil sich die Führung nicht auf die Einführung stärkerer Marktelemente einigen konnte. Sieht man die Voraussetzungen, so konnte das Ergebnis wohl nicht wesentlich anders ausfallen: denn Marktwirtschaft bedeutete das Ende der Verfügungsgewalt der herrschenden Klasse, der KPdSU, auf die Ökonomie. Man konnte auch von einer regierenden Partei nicht erwarten, daß sie ein wesentliches Element ihrer Herrschaft aus der Hand gab. Erst der Wechsel des politischen Systems, d. h. die Ablösung der KPdSU von der Macht, schuf die Voraussetzungen und die Chancen für die Etablierung einer Marktwirtschaft (Simon, 1993). Die Chancen waren allerdings erheblich dadurch belastet, daß der Übergang zum Markt seit 1991 am Rande einer wirtschaftlichen Katastrophe und nach dem Zusammenbruch weiter Teile der Produktion und der staatlichen Verteilungsstrukturen, wie eben 1921, versucht werden mußte.

Die zentrale Marktwirtschaft war auch als ein Instrument konzipiert worden, den Vielvölkerstaat zusammenzuhalten. Seit den 1930-er Jahren wurde die extreme wirtschaftliche Spezialisierung der einzelnen Republiken und Regionen systematisch forciert, um alle durch wirtschaftliche Ketten fest aneinander zu binden und jeden Traum von Loslösung von vornherein aus ökonomischen Erwägungen als Phantasterei erscheinen zu lassen. Die enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten resultieren daher zu einem großen Teil aus dem Zusammenbruch des einheitlichen Wirtschaftsraumes der alten Sowjetunion durch die Gründung eigenständiger Republiken und der GUS 1991: die horizontalen Verbindungen zwischen Rohstofflieferanten, Energieversorgungs- und Industrieunternehmen wurden weitgehend zerstört, es kam zu einem immensen Produktionsrückgang. Die verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der GUS seit 1993 wie auch Forderungen nach einer Wiederherstellung der UdSSR sind vor diesem Hintergrund zu sehen.

Lassen Sie mich die Halbherzigkeit der Wirtschaftspolitik der Perestroika an einem Beispiel deutlich machen: dem Betriebsgesetz von 1987. Das Gesetz räumte staatlichen Betrieben eine größere Selbstständigkeit und höhere Eigenverantwortung ein; die zentrale Pplanung sollte nur noch Orientierungsdaten liefern, der sozialistische Wirtschaftsbetrieb aber grundsätzlich "Selbstplanung" und "Selbstversorgung" betreiben. Das Unternehmensgesetz rüttelte selbstverständlich nicht an der sozialistischen Eigentumsordnung. Die verkündeten Prinzipien Rentabilität und Gewinn als Wirtschaftsziele blieben jedoch auf dem Papier. Aus ähnlichen Gründen waren die Reformen des früheren Ministerpräsidenten Kossygin von 1965 und 1979 gescheitert. Denn die Ministerien als vorgesetzte Behörden der Wirtschaftsbetriebe konnten nach eigenem Ermessen bestimmte Teile des Betriebsgewinnes einkziehen, um damit unrentable Betriebe zu sanieren. Das Unternehmensgesetz wurde nicht von einer Preisreform flankiert, so daß diese nach wie vor staatlich festgelegt waren. Die beiden Hauptschwierigkeiten in der Industrie sind jedoch deren notorische Innovationsfeindlichkeit gewesen. Sie wirtschafteten dann am erfolgreichsten, wenn sie jegliche Veränderung und Erneuerung vermieden und entsprechende Forderungen des Ministeriums abwehrten, um ihren - mit großer Mühe eingespielten - Produktionsrhythmus nicht zu stören. Zweitens zwang die Planwirtschaft, in der nach dem Betriebsgesetz die Betriebe ja weiterhin verblieben, diesen eine gewisse Autarkie auf, da sie - wenn es unter Zeitdruck galt, das Plansoll zu erfüllen, bei Reparaturen,

Beschaffung von Ersatzteilen etc. auf sich selber angewiesen waren, denn auf schnelle Materialzuteilung und Hilfe aus dem Ministerium war kein Verlaß.

Dasselbe gilt für das Genossenschaftsgesetz, bei dem Privatpersonen zwar Genossenschaften gründen konnten, jedoch weiterhin in das Plansystem eingebunden waren.

Bei sich weiter verschlechternder Gesamtlage (seit 1988 nahm die Regierung, um Lohnerhöhungen finanzieren zu können, Zuflucht zur Notenpresse, was zu einem Inflationsschub führte: 1989: 8-10%, 1990: 20%) schien es im Sommer 1990 möglich, daß Gorbatschow und Jelzin sich auf ein gemeinsames Programm verständigten, welches Reformökonomen unter Leitung von Schatalin und Jawlinski ausgearbeitet hatten: es sah eine Privatisierung der Wirtschaft, eine Absage an das bisherige Plansystem und die Delegation ökonomischer Kompetenzen von der Zentrale an die Republiken vor. Dieses Programm wurde jedoch von Gorbatschow und Ministerpräsident Ryschkow abgelehnt.

Der fortschreitende Verfall führte zu Versorgungskrisen: seit 1989 war die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und alltäglichen Konsumgütern nicht mehr gesichert; es kann auch nicht ausgeschlossen werden, daß - um Gorbatschows Politik zu diskreditieren - Grundnahrungsmittel vom Parteiapparat bewußt zurückgehalten wurden, wie dies in der Endzeit Chruschtschows unmittelbar vor dessen Sturz geschah (Sheehy, 1992). Die gesamtwirtschaftliche Leistung fiel 1989 um 3-4%, 1990 um weitere 5-7%, und 1991 um mindestens 15%. Es sei daran erinnert, daß 1929, im schlimmsten Jahr der Weltwirtschaftskrise, das BSP in den USA um 8% sank. Die Inflation, 1990 noch bei 20% gelegen, schnellte Ende 1991 auf 300-500% (!) an. In engem Zusammenhang damit kletterte das Defizit im Staatshaushalt stark an: 1988 und 1989 betrug die ungedeckten Ausgaben des Haushaltes etwa 80 Mrd. Rubel oder 20% der Haushaltsausgaben bzw. 10% des BSP. 1990 kletterte das Defizit auf etwa 100 Mrd. Rubel und vergrößerte sich 1991 auf ca. 300 Mrd. Rubel oder 20% des BSP. Das System brach zusammen. Die frühere Disziplin der Planerfüllung schwand, eine marktwirtschaftliche Ordnung wurde nicht angestrebt, die Produktion ging zurück, das staatliche Verteilungssystem funktionierte immer schlechter. Die Lebenshaltungskosten stiegen und der Lebensstandard der Bevölkerung sank gleichzeitig. Die soziale Unzufriedenheit wuchs. Die Wirtschaftspolitik der Perestroika war gescheitert.

Der dritte Problemfaktor, der zum Scheitern der Politik Gorbatschows führte, war das Nationalitätenproblem. Alexis de Tocqueville hat in seinem heute noch bahnbrechenden Werk: "Der alte Staat und die Revolution" erklärt: "Die Erfahrung lehrt, daß der gefährlichste Augenblick für eine Regierung der ist, in dem sie sich zu reformieren beginnt".

Die ganzen furchtbaren Nationalitätenkonflikte - genannt seien die Konflikte zwischen Aserbeidschan und Armenien um das mehrheitlich von Armeniern bewohnte Berg-Karabach, ein autonomes Gebiet in Aserbeidschan, die Konflikte zwischen Georgien und Ossetien einerseits und Georgien und Abchasien andererseits, die Konflikte im Baltikum etc. ließen einen generellen Drang der nichtrussischen Völker nach Unabhängigkeit erkennen. Auch dies ist verständlich: wenn - wie Tocqueville dies ausdrückte - eine Diktatur sich liberalisiert, wächst einerseits die Hoffnung auf Toleranz; man hofft, daß solche Bestrebungen dann nicht unterdrückt werden. Andererseits sinkt die Angst vor Sanktionen etwa militärischer Art durch eine starke Zentralregierung. Es war die Tragik Gorbatschows, die Nationalitätenprobleme zu spät erkannt zu haben. Fazit ist, daß der Übergang zu einer Föderation innerhalb der UdSSR, wie er noch 1987 und 1988 zu haben gewesen wäre, verpaßt wurde. Das Festhalten an der Union als Ganzem, das Nicht-Erkennen-Wollen der Brisanz dieses Themas, verspätetes Reagieren auf diese Entwicklung (noch in Gorbatschows 1987 verfasstem Buch: "Perestroika" nahm die Nationalitätenpolitik lediglich 6 Seiten ein, knapp 2% des Gesamtumfangs des Werkes) und schließlich der Versuch, die Unabhängigkeitsbestrebungen gewaltsam zu

unterdrücken (in Georgien 1989 und in den baltischen Staaten 1991) führte zu dem Verfall des Zwangsimperiums, wie es Lenin und Stalin 1922 geschaffen hatten.

Die Intervention im Baltikum im Januar 1991 führte zu einer Stärkung der Reformgegner und zu dem entscheidenden Glaubwürdigkeitsverlust Gorbatschows im In- und Ausland, der von den Truppenentsendungen der "Nationalen Rettungsfronten" nichts gewußt haben will oder vielleicht wirklich hintergangen wurde. Als sich Gorbatschow dann - nach dem Referendum über den Erhalt der Sowjetunion, bei dem sich 76.4% der Wahlberechtigten in der UdSSR für den Erhalt der Union ausgesprochen hatten - mit den Republikführern traf, um einen neuen Unionsvertrag auszuhandeln, war es zu spät: Gorbatschows Gegner nahmen die Unterzeichnung des geplanten Unionsvertrages zum Anlaß zu putschen. Zwar scheiterte der Putsch, aber die Union zerfiel und Gorbatschow mußte nach der Gründung der neuen GUS zurücktreten.

Erfolgreich - und hier liegt die weltpolitische Bedeutung der Reformen Gorbatschows - war dieser in der Außenpolitik. Die neu konzipierte Außenpolitik beruhte auf dem Verständnis, daß die immensen politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme ein ganzheitliches Denken gebieten und gemeinsame Lösungsanstrengungen aller Staaten erfordern, um die Zivilisation zu erhalten. Hier liegt - neben der Einführung von Glasnost - die größte Leistung Gorbatschows. Wenn - wie wir gesehen haben - der Rüstungsanteil bei 12-25% des BSP lag, mußte Gorbatschow - wollte er wirtschaftspolitisch erfolgreich sein - hier zu einer Änderung kommen. Dies geschah auch: er zog seine Truppen aus Afghanistan ab, verzichtete auf die weitere massive Unterstützung sowjetfreundlicher Staaten aus der sogenannten Dritten Welt, etwa Kubas, ermöglichte durch das INF-Abkommen 1987 den Abzug der Pershing- und SS-20-Raketen. Außerdem arbeitete er vertrauensvoll mit den westlichen Regierungen zusammen, was insbesondere während der Golf-Krise 1990/91 deutlich wurde. Der Westen wurde als Partner, nicht als Feind betrachtet. Er verzichtete auf die Anwendung der Breschnjew-Doktrin im Ostblock, was mittelfristig zu dessen Zerfall, zur Überwindung des Ost-West-Konfliktes und damit auch zur Deutschen Einheit führte. Es ist kein Wunder, daß Gorbatschow im Ausland immer beliebter war als im Inland. Aber nochmals: diesen Mut gehabt zu haben, die Veränderungen erkannt und sich um eine Lösung zumindest bemüht zu haben, darin liegt Gorbatschows Verdienst. Ich kann Dirk Sager (1996) nur zustimmen, wenn er in seinem neuen Buch erklärt: "In der Rückschau erscheint der letzte sowjetische Präsident dabei als ein Glücksfall...Nie zuvor und nie wieder danach in den letzten 100 Jahren...waren die Regierungsgeschäfte im Kreml für den Außenstehenden so klar zu durchschauen wie in jener Zeit, als der einstige Gebietssekretär von Stawropol für die Regierungsangelegenheiten verantwortlich war". Was Gorbatschow erwartet und erwarten kann, ist Anerkennung und Gerechtigkeit für das, was er tat. Wolfgang Leonhard (1994) zitiert Vadim Bakatin, Gorbatschows kurzzeitigen Innenminister, mit den Worten: "Ich bin der Überzeugung, daß der Name dieses Mannes, der dem Totalitarismus auf einem Sechstel dieser Erde den Fehdehandschuh hingeworfen und die Menschheit von der Konfrontation und der Gefahr der Selbstvernichtung befreit hat, in die Geschichte eingehen wird. Gewiß, sein Handeln verriet Unentschlossenheit, er schwankte, beging Fehler. Doch was er geleistet hat, markiert eine der hellen Seiten der jüngsten Geschichte".

Bevor ich nun zu der Politik unter Jelzin komme und die Grundprobleme des heutigen Rußlands erörtere, möchte ich noch einmal versuchen, kurz zusammenzufassen, warum die Perestroika scheitern mußte.

5. Warum scheiterte die Perestroika ?

Gorbatschow wollte mit seiner Perestroika:

- einen grundsätzlichen Bruch mit der stalinistischen Vergangenheit herbeiführen

- einen "menschlichen Sozialismus" schaffen, der die internationale Position der Sowjetunion stärken und innenpolitisch von der Bevölkerung akzeptiert werden sollte
- eine partnerschaftliche, auf Zusammenarbeit ausgerichtete, Außenpolitik anstreben, eine Übernahme des westlichen Gesellschaftsmodelles jedoch vermeiden.

Gorbatschow wollte somit wohl einen grundlegenden Systemwandel erreichen, der über das hinausgehen sollte, was frühere Reformansätze, etwa unter Chruschtschow, anstrebten. Hierfür steht insbesondere Glasnost, d.h. jenes Aufreißen des Schleiers aus Lüge und Verschwiegenheit, aus Halbwahrheit und Verdrängung, wie er über Jahrzehnte das Land bedeckte und lähmte. Für Gorbatschow beinhaltete die Perestroika auch kein fertiges Konzept, welches nur noch seiner Realisierung bedurfte. Er ging durchaus von der Entwicklungsfähigkeit und -notwendigkeit dieses Konzeptes aus, indem er zunächst nur grobe Umrisse lieferte, auf dann stattfindende Veränderungen jedoch flexibel reagierte und diese einarbeitete. Was zum Scheitern des Reformkonzeptes führte, war einmal ihr widersprüchlicher Ansatz, nämlich das bestehende System grundlegend zu verändern, ohne es jedoch abzuschaffen. (Schubert, 1992).

Außerdem suchte Gorbatschow, der von der Partei geprägt war, die Veränderungen nur innerhalb der KPdSU, die er für reformfähig hielt (Schmidt-Häuer, 1993). Er konnte sich bis nach dem Putsch von 1991 nicht vorstellen, daß die Partei nicht wandelbar war. Die Szene, in der er auf der Pressekonferenz nach dem Putsch und auch gegenüber Jelzin einen Tag später im Parlament die KPdSU verteidigte, dürfte jedem erinnerlich sein.

So lehnte Gorbatschow lange ein Mehrparteiensystem ab und hielt es auch später nicht für notwendig. Gorbatschow trennte stets streng zwischen Unterschiedlichkeit und Gegensätzlichkeit politischer Interessen. Erstere hielt er für legitim, letztere lehnte er ab. (Schubert, 1992).

So hat Gorbatschow am Ende selbst den Glauben an die Perestroika zerstören helfen - nicht allein deshalb, weil ihm mißlang, was keinem gelingen konnte: die Wirtschaft zu sanieren und gleichzeitig die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern. Wie bereits behandelt, wandte er sich bis zuletzt gegen den Markt als das primäre Regulierungsinstrument der Wirtschaft. Er war weit davon entfernt, den "demokratischen Zentralismus" in der Wirtschaft abzuschaffen. Zwar lehnte er eine strenge, bis ins Detail gehende Planung der gesamten Wirtschaft ebenso ab wie die Verwandlung der Betriebe und Produzenten in reine Befehlsempfänger. Er war aber nicht bereit, die Betriebe aus der Abhängigkeit von Staatsaufträgen zu befreien und das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln aufzugeben. Ich habe versucht, dies am Beispiel des Betriebsgesetzes von 1987 zu zeigen. Je weiter die Gorbatschow-Führung im Laufe der Jahre mit ihren Reformmaßnahmen zu gehen bereit war, um so mehr rüttelte sie - gegen ihren Willen - an grundlegenden Fundamenten des politischen Systems. Gorbatschow war davon überzeugt, daß er durch seine Politik den Problemdruck, der sich angestaut hatte, abbauen könnte. Tatsächlich trat jedoch das Gegenteil ein. Die erwähnten halbherzigen Wirtschaftsmaßnahmen und die Nationalitätenprobleme führten zu Versorgungsproblemen, Verteilungsengpässen der Planwirtschaft und letztlich zum Zerfall des einheitlichen Wirtschaftsraumes.

Seit Herbst 1990 zeigte sich, daß die Umgestaltung des existierenden Systems nicht ausreichte. Gorbatschow, der das System erhalten wollte, trat somit noch vor seinem Rücktritt zugunsten von Kräften in den Hintergrund, die sich zu jener Zeit für einen Systemwandel einsetzten. Ihr Sprecher wurde nach dem Tode Sacharows 1989 Boris Jelzin. Wie sich herausstellte, führte der Personenwechsel jedoch zu einer Resowjetisierung der russischen Politik, Jelzin entpuppte sich als skrupelloser Machtpolitiker. Dies sollte sich jedoch erst nach 1991 vollständig erweisen.

Glasnost führte dazu, daß sich erstmals in der russischen Geschichte die Gesellschaft vorsichtig vom Staat emanzipierte. Die größere Freiheit des Wortes und die liberalisierten Massenmedien der späten Perestroika trugen zum Zusammenbruch der UdSSR und zum Scheitern Gorbatschows jedoch entscheidend bei, da sie - wie bereits erwähnt - zu einer Legitimationskrise des Regimes führten, andererseits aber der demokratischen Systemopposition - einschließlich der nationalen Bewegungen - nutzten, um mehr Souveranität und schließlich demokratische Unabhängigkeit durchzusetzen.

6. Rußland unter Boris Jelzin (1991-1996)

a) Biographie Boris Jelzin

Boris Jelzin wurde ebenfalls 1931 geboren. Als Kind sehr rechthaberisch und von sich überzeugt, entwickelte er früh aufrührerische Gedanken. Er legte sich mit seinen Lehrern ebenso an wie mit seinesgleichen und mit politischen Mentoren. Doch ihm fehlt jegliche Art von Selbstkritik. Bei all diesen Auseinandersetzungen war er stets im Recht. Wenn er einmal unterlag, so lag dies daran, weil er sich ungerecht behandelt fühlte. Er bewahrte seine Erbitterung darüber auf, um zu einem späteren Zeitpunkt Rache zu nehmen. Hier - und evtl. nicht nur hier - ähnelt er Stalin. Die Biographie seiner Jugend ist ein aufschlußreiches Selbstportrait, welches in den "Aufzeichnungen eines Unbequemen" nachzulesen ist. Sie zeigt schonungslos seine Charakterschwächen, die Jelzin bei seiner späteren Karriere zu seinem Vorteil ausnutzte: absoluter Glaube an sich selbst, ein Rechtfertigungsdrang verbunden mit dem Bedürfnis, wirkliches oder eingebildetes Unrecht wieder gut zu machen, welches andere ihm angetan haben. Das Verlangen nach persönlicher Anerkennung und Verherrlichung, Machtstreben, außerdem die schon erwähnte Rachsucht und unerbittliche Grausamkeit gegenüber seinen Feinden. Jelzin beschreibt seine Kindheit als ausgesprochen hart. Als Folge der Kollektivierung und der Mißernten konnten die Eltern die Familie nur mit Mühe ernähren. 1935 ziehen sie in ein anderes Dorf im Gebiet Jekaterinburg, als der Vater dort eine Stelle als Bauarbeiter bekommt. 1937 wird Jelzins Vater - bei Gorbatschow war es der Großvater - verhaftet, aber - wie Gorbatschows Großvater - später wieder entlassen. Jelzin war ein guter Schüler. Nach der 7. Klasse bat er anlässlich der Abschlußfeier nach der Zeugnisübergabe um das Wort und erklärte, seine Lehrerin sei nicht fähig, Kinder zu erziehen. Zwar wird Jelzin daraufhin die Versetzung in die 8. Klasse verweigert, er fechtet jedoch die Entscheidung an und erhielt recht: die vom Stadtparteikomitee eingesetzte Kommission, die den Unterricht der Lehrerin prüfte, gab Jelzins Beschwerde statt und verbot der Lehrerin, weiter zu unterrichten.

Auch Jelzin schloß die Schule mit einem guten Zeugnis ab und studierte Bauwesen an der Polytechnischen Hochschule im Ural. 1955 - im gleichen Jahr wie Gorbatschow - schloß er sein Studium erfolgreich ab. Anschließend arbeitete er als Bauingenieur und heiratete. 1960 trat er in die KPdSU ein, 1963, mit nur 32 Jahren, wurde er zum Chef des Swerdlowsker Hausbaukombinates berufen, 1968 wurde er Leiter der Abteilung Bauwesen im Gebietspartei-Komitee von Swerdlowsk. 1975 wurde er Gebietspartei-Chef dieser Region. Hier verstand er es geschickt, sich die Schwächen des Breschnjewschen Systems zunutze zu machen. Bezeichnend hierfür war die Art und Weise, wie er bei Breschnjew die Zustimmung für den Bau einer Untergrundbahn in Swerdlowsk erwirkte. Er vereinbarte einen Besuchstermin bei Breschnjew und wählte einen Donnerstag, da Breschnjew immer Freitags ins Wochenende fuhr. Er bereitete in seinem Namen einen Entscheidungsvermerk für das Politbüro vor, welches Breschnjew prompt unterzeichnete. "Da ich wußte, daß sogar hier Dokumente gelegentlich irgendwo verloren gehen, bat ich ihn, einen Assistenten zu rufen. Er rief ihn und ich sagte, er solle ihm die Anweisung geben, das Dokument eintragen zu lassen und den Antrag, es im Politbüro zirkulieren zu lassen." (Aufzeichnungen eines Unbequemen, hier zit. nach: Leonhard, 1994). Jelzin bekam seine U-Bahn.

Im April 1985 wurde Jelzin zunächst Leiter der Abteilung Bauwesen im ZK der KPdSU. Im Dezember des gleichen Jahres wurde Jelzin Stadtparteichef von Moskau. Dort bekämpfte er sehr energisch die Korruption und die alten Kader, machte sich jedoch mit seinem rigorosen Führungsstil auch Feinde. Diese rächten sich, als es im Oktober 1987 zum Bruch mit Gorbatschow kam, als Jelzin auf einem ZK-Plenum die seiner Meinung nach zu langsame Gangart der Perestroika kritisierte und auch den Zweiten ZK-Sekretär Ligatschow scharf angriff. Jelzin wurde daraufhin von seinen Funktionen als Stadtparteichef von Moskau und Kandidat des Politbüros abgesetzt und in einer beschämenden "Absetzungskonferenz" in Moskau in stalinscher Manier gedemütigt. Daher rührte seine Feindschaft mit Gorbatschow, dem er diese Demütigung im Parlament im August 1991 nach dessen Rückkehr auf der Krim heimzahlte. Gorbatschow wollte Jelzin nicht mehr in die Politik hineinlassen, jedoch war die öffentliche Reaktion in der UdSSR auf Jelzins Hinauswurf sehr heftig. Auf der von Gorbatschow einberufenen 19. Parteikonferenz 1988 tauchte Jelzin wieder auf und hielt eine engagierte Rede als Reformler. Bei den ersten - wenn auch nur halbfreien - Parlamentswahlen 1989 setzte er sich gegen den Parteiapparat durch und erhielt in Moskau eine Zustimmung von über 89% der abgegebenen Stimmen. Auch bei den Wahlen zum Volksdeputiertenkongreß der russischen Föderation - die freier waren als die Wahlen zum Volksdeputiertenkongreß der UdSSR 1989 - ließ sich Jelzin aufstellen. Er kandidierte nun in seiner Heimat Swerdlowsk und erhielt auch dort 84.2% der abgegebenen Stimmen. Damit hatte er zum zweiten Mal eine demokratische Legitimation erhalten. Im Mai 1990 wurde er nach dramatischen Kampfabstimmungen zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Russischen Föderation, im Juni 1991 mit 57.3% der Stimmen im ersten Wahlgang gegen fünf Mitbewerber zum ersten freigewählten russischen Präsidenten gewählt. Nach dem Putsch gegen Gorbatschow bestimmte er die Richtlinien der russischen Politik und zwang Gorbatschow durch die von ihm initiierte Gründung der GUS im Dezember 1991 zum Rücktritt. Seither ist er allein für die russische Politik verantwortlich.

b) Wirtschaftsreformen und soziale Lage in Rußland seit 1991

Die radikale Reform des russischen Wirtschaftssystems, die im wesentlichen Ministerpräsident Gaidar konzipiert hatte, begann im Januar 1992. Die wesentlichen Maßnahmen waren eine weitreichende Liberalisierung der Preise und ein Ausgleich des staatlichen Haushaltsdefizites, vor allem durch Einsparungen bei Subventionen und Investitionen. Gleichzeitig wurde jedoch versäumt, eine Entmonopolisierung der Wirtschaft sowie betriebliche Strukturreformen durchzuführen. Die Wirklichkeit sah so aus, daß eine Scheinprivatisierung für die Wirtschaftsnomenklatura, u.a. die bisherigen Betriebsdirektoren, durch sogenannte Vouchers erfolgte. So konnten sich die Altmanager zu Inhabern ihrer eigenen Betriebe machen. Durch Druck auf die Belegschaften und aufgrund der wachsenden Inflation verkauften diese ihrer Aktien rasch, um Bargeld zu erhalten, da ihr Lebensstandard zurückgegangen war. Hankel (1995) schreibt: "Und in eine solche Wirtschaft soll der Westen investieren: Weil sich kein russischer Reformpräsident, weder Gorbatschow, noch Jelzin, eine offene und die Stabilität des Systems bedrohende Massenarbeitslosigkeit leisten kann - denn ein "westliches", vom Betriebssystem getrenntes Sozialsystem steht nicht zur Verfügung -, muß irgendwer für die beschäftigungsbedingten Defizite der Wirtschaft aufkommen. Der Staat hat weder Geld noch ausreichendes Steuereinnahmepotential. Es reicht ja nicht einmal zur Deckung der eigenen Ausgaben und Defizite". Eine korrekte Zustandsbeschreibung der russischen Wirtschaft, wie ich finde. Zu Beginn der marktorientierten Reformen gab es kein praktikables Konzept, welches betriebliche Strukturreformen, die staatliche Finanz- und Haushaltspolitik und eine zukunftsweisende regionale Sozialpolitik integriert hätte (Trautmann, 1995). Der russischen Wirtschaft fehlt Kapital - vor allem ausländische Direktinvestitionen, durch die marode Betriebe wieder flottgemacht werden und neue, rentable Unternehmen entstehen könnten. Folgende Ursachen (Leonhard, 1996) werden dafür benannt: Es fehlt eine gezielte Investitionsförderung durch die russische Regierung. Noch immer werden Staatsbetriebe, etwa im Steuerrecht, gegenüber Joint-Ventures und Unternehmen mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung bevorzugt. Die schlechte Zahlungsmoral der russischen Regierung - bezogen auf die sowjetischen Altschulden -

fürte zu mangelndem Vertrauen der internationalen Kapitalmärkte und potentieller Investoren. Daher ist für Rußland die "Kreditwürdigkeit" durch den IWF von entscheidender Bedeutung. Nach wie vor sind die eigentumsrechtlichen Regelungen unzureichend. So können ausländische Unternehmen Grundstücke lt. Leonhard nur pachtweise nutzen, nicht jedoch kaufen. Präsident Jelzin hat in einem Ukas im Mai 1996 versucht, ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen. Allerdings werden solche Maßnahmen durch den russischen Staatsbankrott wieder konterkariert. So berichtete der Spiegel vom 21.12.1996 von einer geplanten neuen Sondersteuer für ausländische Firmenvertreter. Kein investitionsfreundlicher Entschluß. Die ungenügende Bekämpfung des organisierten Verbrechens schreckt zudem viele investitionswillige Unternehmen ab. Außerdem führen Kompetenz- und Verteilungskämpfe zwischen der Moskauer Führung einerseits und der regionalen Verwaltungen andererseits zu Irritationen und Schwierigkeiten.

Die russische Wirtschaft mußte einen für eine Nichtkriegszeit einmaligen Produktionsrückgang hinnehmen. Nach neuesten Zahlen (Pleines, 1996) sank Rußlands BSP von 1990-1994 um 30%, nach alten Ziffern sogar um 50%. Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit sowie Inflation haben zu einem starken Rückgang der Realeinkommen geführt. Sie sanken von Dezember 1991 bis Dez. 1993 um 52% (Gumpel, 1996). Die anhaltende Rezession ließ das Realeinkommen der Bevölkerung bis Ende 1995 um nochmalige zweistellige Raten (FAZ-Länderanalyse, März, 1996) bzw. 15% (Pleines, 1996) sinken. So hat sich also der Lebensstandard der Bevölkerung in 5 Jahren Wirtschaftsreform mehr als halbiert. Überleben kann diese nur aufgrund der stark ausgeprägten Schattenwirtschaft, etwa durch Eigenanbau von Gurken, Kartoffeln.... Hier entstehen weitere Einkommen, die nicht in die Statistik eingehen, jedoch der Bevölkerung ein Überleben ermöglichen. Selbst dies wird von anderen Autoren (Belotserkovsky, 1995) bezweifelt. Er geht davon aus, daß nur ein geringer Teil der Bevölkerung dieser Ausweg in die Schattenwirtschaft bleibe.

Die Wirtschaftsreform hat die im Vergleich zu westlichen Industriestaaten sehr ausgeprägten Einkommensunterschiede verschärft: während das Mindestgehalt eines Arbeiters und das Höchstgehalt eines hohen Funktionärs in Sowjetzeiten bei 1 : 4,5 lag, hat sich die Schere inzwischen auf 1 : 30 geöffnet (Trautmann, 1995). Ende 1995 bezogen die reichsten 10% der Bevölkerung 27% des Gesamteinkommens, die ärmsten 10% jedoch nur 2,5% (Pleines, 1996). Anfang 1995 lebte ein Drittel, Ende 1995 noch ein Fünftel der Bevölkerung unter dem Existenzminimum (Pleines, 1996). Die soziale Lage hat sich auch Ende 1996 nicht verbessert (Roland Götz in : Aktuelle Analysen des BI Ost, Nov. 1996). Rußland erlebt zum ersten Mal das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit: Im August 1995 wurden 9.6 Mio. Arbeitslose ausgewiesen, das sind 13% der ökonomisch aktiven Bevölkerung (Gumpel, 1996). In Rußland gilt als Arbeitslosenquote die Beziehung zwischen der Gesamtzahl an arbeitslos registrierten Personen zur Gesamtzahl der arbeitsfähigen Personen (Gumpel, 1996). In Deutschland wird die Zahl der Arbeitslosen in Beziehung gesetzt zur Gesamtzahl der Beschäftigten. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird noch verstärkt durch den Strom von Immigranten aus früheren Sowjetrepubliken. Allerdings hat Leonhard recht, wenn er schreibt (Leonhard, 1996), daß es nicht nur die Politik Gaidars war, die zu dieser Wirtschaftskrise führte. Auch "sanftere Übergänge", wie in Weißrußland oder der Ukraine vollzogen, hatten diese Folgen. Beide GUS-Länder versuchten, den Produktionsrückgang und seine Folgen durch massive staatliche Subventionen und eine großzügige Geldpolitik zu begrenzen. Aber dies führte in der Praxis lediglich zu einer Verschiebung längst überfälliger Reformen und hatte Hyperinflation und Konservierung verkrusteter, unwirtschaftlicher Produktionseinheiten zur Folge. Für viele Bürger wäre die schwierige soziale Lage noch hinnehmbar, wenn sie nicht dauernd mit dem Luxus der Neureichen konfrontiert würden. Woher kommen diese "Neureichen"? Diese sind eine kleine Schicht reich gewordener Betriebsdirektoren und neuer Unternehmer, sogenannter Bisnesmeny (engl. Businessmen), die ihre Gewinne zumindest zum Teil illegal durch die aufblühende Schattenwirtschaft und durch Spekulationsgeschäfte (Eigenkapital war ja nicht vorhanden) getätigt haben. Außerdem

arbeiten diese Leute häufig mit der Mafia zusammen, die - wie noch gezeigt werden wird - die Wirtschaft Rußlands durchdringt.

Die überhandnehmende Korruption müßte bekämpft werden, die Kapitalflucht ins Ausland müßte gestoppt und Investitionsanreize zur Kapitalbildung geschaffen werden.

Der wirtschaftspolitische Zickzackkurs, der vor allem in der Geldpolitik und bei der Privatisierung von Staatsbetrieben unübersehbar ist, fehlende Rechtssicherheit, das Unwesen der von der Wirtschaftsnomenklatura gedeckten Mafia sowie die uneinheitlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaden dem "Wirtschaftsstandort Rußland". Jelzins Liberalisierung der Preise war keine grundsätzlich falsche Entscheidung. Er folgte nur viel zu lange und viel zu einseitig der weitgehend vom IWF diktierten Schocktherapie einer rein monetaristischen Stabilisierung. Die Therapie hätte ein Programm wesentlich weiterer Maßnahmen umfassen müssen: Stabilisierung von Staatshaushalt und Geldumlauf, echter Privatisierung und Entmonopolisierung, freier Zugang der Betriebe zu Markt und Wettbewerb, ein weitgespanntes soziales Netz außerhalb der Betriebe, Geldreform und Konvertierbarkeit des Rubels.

Im Frühjahr 1996 gewährte der IWF nach einem ersten Kredit von 6,5 Millionen US-Dollar 1995 einen weiteren Kredit von 10.01 Mrd. US-Dollar. Der Kredit ist auf drei Jahre begrenzt. Rußland mußte sich im Gegenzug zu umfassenden wirtschafts- und strukturpolitischen Maßnahmen verpflichten. Nach telefonischer Auskunft von der "Hotline Rußland" der FAZ wird auch dieser Kredit in monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt. Der Haushalt darf u.a. nicht mehr von Krediten der Zentralbank gedeckt werden (Hishow: Rußland und der Internationale Währungsfonds: Aktuelle Analysen des BIOst, 70/1996) und muß mehr von Steuern als von Krediten leben (Spiegel 4.11.96). Die Kreditaufnahme im Haushalt darf eine Neuverschuldung von 4% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) nicht überschreiten, 5% werde aber, so die telefonische Auskunft der "Hotline Rußland" toleriert. Das - durch den Verkauf von Staatsobligationen - zweifellos schöngerechnete Haushaltsdefizit von 2,9% des BIP von 1995 wird wegen der Präsidentschaftswahl, der daraus resultierenden sozialen Versprechungen und der Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung, wegen geringer Steuereinnahmen nicht zu halten sein. Gerechnet wird mit einem Defizit von mindetens 95 Mrd. Rubel für 1996 und einem Defizit von 4,3% des BIP (FAZ-Länderanalyse, März und August 1996). Der Verkauf von Staatsobligationen führte zu enorm hohen Zinsen von 200%, so daß die Anlage in Wertpapieren lukrativer geworden ist als die Nachzahlung von Steuern in Rubel. Außerdem weichen die Russen aufgrund der unelastischen Stabilitätspolitik der Zentralbank zunehmend in Geldsurrogate aus. Etwa 30% der Geschäfte sollen über Tauschhandel und Geldsurrogate vor sich gehen (Roland Götz: Die russische Wirtschaft in den Jahren 1996 und 1997 in : Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 68/1996). So seien auch die niedrigen Steuereinnahmen nicht in erster Linie durch Steuerverweigerung, sondern durch die Senkung der Gewinnmarge der Unternehmen verursacht worden. Wie dem auch sei: der Kreml steht offenbar vor dem Staatsbankrott, seine Einnahmen gingen um rund 70% zurück, er kann keine Löhne und Gehälter mehr (nach-)zahlen. Rußland müsse - so Dirk Sager (1996) um Kredite aus dem Ausland nachsuchen, weil es bei den großen Konzernen keine Steuern eintreiben könne oder wolle. Zudem machte Präsident Jelzin im Wahlkampf unhaltbare soziale Versprechungen, so daß die Neuverschuldung des Haushaltes im 1. Halbjahr 1996 auf 6,5% des BIP anstieg. Für 1996 wird mit einem weiteren Rückgang des BIP um 6% und der Industrieproduktion um 7% gerechnet (Götz, s.o. bzw. FAZ-Länderanalyse August 1996). Die für Rußland so lebenswichtigen Investitionen sanken im 1. Halbjahr 1996 um weitere 14%, gerechnet wird für 1996 sogar mit 20% Rückgang. Die Zunahme des Importes um 13.2% 1995 zeigt in aller Deutlichkeit die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der russischen Produkte auf dem Weltmarkt. Das gleichzeitige Wachstum der Exporte wird mit der Zahlungskrise des Haushaltes erklärt: Exporteure verkauften lieber zu schlechten Bedingungen im Ausland, da sie hier für ihre Waren noch bezahlt (!) würden (FAZ-Länderanalyse August 1996). Skeptiker warnten vor einer Liquiditätskrise, die das Bankensystem zusammenbrechen lassen könnte, weil die Banken zum großen Teil von staatlichen Geldern finanziert

werden; eine Trennung Privatkapital - Staatskapital wie im Westen existiert in Rußland nicht und ist nach Hankel eine entscheidende Ursache für die Wirtschaftsprobleme. Im Verfall der Produktion zeichnet sich kein Ende ab. Dies ist kein Humus, auf dem das Glück einer Gesellschaft gedeihen kann. Mit einer Verbesserung der Wirtschaftslage ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen.

Rußland braucht Investitionen. Wie sieht der "Standort Rußland" für Unternehmer heute aus ?

Standortvorteile (Pleines, 1996 ; Länderanalyse Rußland, März 1996):

- mittelfristig enormes Marktpotential
- kulturelle Nähe Rußlands zu Deutschland
- komfortable Wettbewerbssituation für neue Anbieter mit Know-How und westlichen Management-Erfahrungen
- vergleichsweise hoher Entwicklungsstand des rechtlichen Rahmens und der juristischen Traditionen (im Vergleich etwa zur VR China)
- technologischer Entwicklungsstand des Finanzmarktes
- weithin gesicherte politische und unternehmerische Freiheiten im Vergleich etwa zur VR China
- günstige Preise für hochqualifizierte Fachkräfte in einzelnen Branchen und Regionen

Standortnachteile:

- Kriminalität
- politische Unsicherheit
- Korruption und Unzuverlässigkeit der Behörden
- Existenz von Monopolen in vielen Märkten
- politische Eingriffe in Marktmechanismen (etwa die erwähnte Steuer für ausländische Unternehmen)
- undurchsichtiges und instabiles Steuersystem (z. Zt. existieren rund 200 Steuerarten)
- unterentwickelte Infrastruktur
- Benachteiligung von ausländischen Betrieben und Gemeinschaftsunternehmen mit russischer Beteiligung (Joint-Ventures) gegenüber russischen Staatsbetriebe
- fehlende Kredite für Investitionen aufgrund des unterentwickelten Bankensystems
- Niedergang der wissenschaftlichen Forschung auch in industrierelevanten Bereichen (brain train)

Dementsprechend sank der Anteil der Kapitalinvestitionen am BSP von 23% im Jahre 1989 auf 13% 1995. (Pleines, 1996). Für die russische Wirtschaft, deren veraltete Industrieanlagen umfassende Modernisierungsinvestitionen verlangen, ist das Fehlen von Investitionen im Bereich der Industrie ein schweres Problem. Der bereits erwähnte Rückgang um 14% im 1. Halbjahr 1996 ist ein schlimmes Zeichen.

c) Wirtschaftskriminalität und Mafia

Das Streben Rußlands nach Stabilität und wirtschaftlichem Wachstum wird nicht zuletzt durch die zahllosen Mafia-Banden und die organisierte Kriminalität bedroht. Am häufigsten sind folgende Delikte:

- **Erpressen** **von** **Schutzgeldern:**
Sowohl russische als auch ausländische Geschäftsleute werden in außergewöhnlichem Maß, meist unter Androhung von Gewalt, dazu genötigt,

Schutzgelder abzuführen. Gegenwärtig sollen rund 80% der russischen Betriebe Schutzgelder zahlen.

- **Autragsmorde:**

Wird das geforderte Schutzgeld an die Mafia nicht gezahlt, müssen Geschäftsleute dies nicht selten mit ihrem Leben bezahlen. Alle 72 Stunden werde, so der russische Justizminister (Leonhard, 1996) ein wichtiger Unternehmer und Bankier umgebracht. Allein 1993 wurden 94 Geschäftsleute und 22 Bankiers Opfer von Auftragsmördern; die Zahl nahm seitdem noch zu. An diesem Beispiel zeigt sich auch die Verquickung von Nomenklatura und Mafia: so wurde am 8. August 1995 Iwan Kowelidi, Direktor der Rosbisnesbank, Vorsitzender einer Unternehmensvereinigung und der "Russischen Partei der freien Arbeit" ermordet. Als Motiv kommt sowohl ein Racheakt der Mafia, die den Bankier bekämpft hatte, als auch ein Racheakt der Regierung in Frage: Kowelidi hatte sich gegen einen Plan eines Bankenkonsortiums ausgesprochen, der Regierung vor den Duma-Wahlen 1995 einen 9 Mrd. Dollar Kredit zu gewähren. Ein weitere Gegner dieses Kredites wurde vorher ermordet (Leonhard, 1996).

- **Einschleusen der Mafiosi in Unternehmen und Banken:**

Von Anfang an waren Mafia-Gruppen bestrebt, Mitglieder ihrer Organisation in Betriebe und Geldinstitute einzuschleusen, um dort die notwendigen Informationen zur Berechnung und der Höhe des Schutzgeldes zu erhalten. Schrittweise ging die Mafia dazu über, Unternehmen, v.a. Geldinstitute, zu kontrollieren bzw. selbst zu übernehmen. 40% der Banken sollen lt. Leonhard 1996 von der Mafia beherrscht werden; ein Viertel davon von ihr selbst gegründet. Die Ermittlungen wegen möglicher Wirtschaftsdelikte wuchs von 16 000 im Januar auf 60 000 im März 1995 (Leonhard, 1996).

- **Illegale Exporte und Kapitaltransfers:**

Die von der Mafia übernommenen Banken dienen der Geldwäsche und dem Transfer von Überschüssen ins Ausland. Die russische Mafia verfügt über weitreichende internationale Kontakte. Illegale Devisengeschäfte und Kapitaltransfers seien an der Tagesordnung (Leonhard, 1996). Vor allem über die Ukraine und das Baltikum würden rund 20% des russischen Erdöls, ein Drittel der Düngemittel und knapp die Hälfte der Buntmetalle ausgeführt. 30-40 Mrd. US-Dollar aus derartigen Geschäften wurden im Westen angelegt. Dies entspricht einem Viertel der Auslandsverschuldung (Leonhard, 1996).

- **Korruption und Zusammenarbeit mit der Verwaltung:**

Die Durchdringung der Mafia mit der russischen Planwirtschaft gab es besonders unter Breschnjew (Guldimann, 1994, Sheehy, 1992). Vor allem Baumwollgeschäfte in den asiatischen Republiken waren an der Tagesordnung. Tim Guldimann hat nachgewiesen, daß derartige Korruptionserscheinungen vor allem in einer Planwirtschaft existieren. Während unter Stalin selbst eine geringfügige Schieberei zur unmittelbaren Verhaftung und Deportation führte und sich daher die Korruption in Grenzen hielt, hat sie sich besonders in der Breschnjew-Ära stark ausgedehnt. Die Durchdringung von Mafia und Nomenklatura wird durch die weitverbreitete Korruption der Beamten erleichtert. Man schätzt, daß etwa 50% der Mafia-Gewinne in Bestechungen "investiert" werden (Leonhard, 1996). Die Wirtschaftskriminalität reiche bis in die obersten Etagen des Innen- und Verteidigungsministeriums hinein. So wurde der Moskauer Journalist Cholodow im Herbst 1994 erschossen, weil er über illegale Geschäfte mit Kriegswaffen unter Beteiligung höchster Stellen im Verteidigungsministerium berichten wollte.

Die Folgen dieser Durchdringung der Mafia in alle Bereiche der Wirtschaft sind:

- Allmähliche Akzeptanz der Mafia in der Bevölkerung, die teilweise als Gegengewicht zur Wirtschaftskonzentration verstanden wird
- die Entstehung und Zunahme einer Schicht sogenannter "Neureicher" die sich durch illegale Geschäfte und Zusammenarbeit mit der Mafia ihren Reichtum zumindest teilweise ergaunert haben

- das weitere Aufblühen der Schattenwirtschaft, die rund 20% des russischen Sozialproduktes ausmachen soll. 40% des Warenumsatzes werde an den Finanzbehörden vorbeigeleitet, Steuerhinterziehung ist zum Massenphänomen (Trautmann, 1995) geworden.

Staatliche Maßnahmen blieben relativ wirkungslos. Sie haben teilweise nur Alibifunktion. Die Zahl der kriminellen Organisationen wird auf 20 000, die Zahl ihrer Mitglieder auf über 100 000 geschätzt. Bereits 1989 wurde daher eine neue Behörde geschaffen, die "Hauptabteilung gegen das organisierte Verbrechen" (Leonhard, 1996). Sie sei jedoch chronisch unterbesetzt und habe rund 15 000 Mitarbeiter zu wenig. Nicht vergessen werden sollte allerdings auch, daß aufgrund der katastrophalen Wirtschaftslage viele Leute, die nicht überleben können, zu Verbrechern werden, etwa Mitglieder der Mafia. Dieses Phänomen beweist das Versagen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im heutigen Rußland.

Abschließend noch ein paar neuere Zahlen zur Mafia: (*Quelle: Gong, 1996*)

Seit Ende der Sowjetunion steigt die Verbrechensrate in Rußland jährlich um ein Drittel. 1995 verzeichnete die Kriminalstatistik über drei Millionen Delikte. Im Jahr zuvor wurden 32 000 Menschen umgebracht, das sind doppelt so viele Morde pro 100 000 Einwohner wie in den USA. Etwa 85% der russischen Wirtschaftsunternehmen werden von der Unterwelt kontrolliert. 6000 Banden beherrschen allein die Großstädte, gestützt auf etwa 200 000 paramilitärische Schlägertrupps, genannt "Bojewiki". Die Hauptstadt Moskau gilt als total unterwandert. Sie ist in Ganovenreviere aufgeteilt, deren Grenzen von schwerbewaffneten Patrouillen, den "Reketiry" streng bewacht werden.

d) Grundzüge der politischen Entwicklung unter Jelzin

Ich möchte mit meiner These nicht hinter dem Berg halten: Obwohl Jelzin unzweifelhaft eine demokratische Legitimation besitzt (er hat sich 1989, 1990 als Abgeordneter den Wählern gestellt und wurde 1991 und erneut 1996 als Präsident Rußlands gegen mehrere Gegenkandidaten mit überzeugender Mehrheit gewählt bzw. wiedergewählt) kam es unter ihm zu einer Resowjetisierung der russischen Politik, das patrominiale System wurde wiederhergestellt. Insbesondere Margareta Mommsen vertritt in ihrem interessanten, wenn auch schwer lesbaren Buch: "Wohin treibt Rußland" (1996) diese These. Meiner Meinung nach hat seit Stalin kein russischer Politiker eine solche Macht besessen aber auch eine derartige Machtbesessenheit bezeugt wie der amtierende Präsident Boris Jelzin. Nach seiner Herzoperation gab er die Insignien der Macht nur für 24 Stunden an den - machtlosen - Regierungschef Tschernomyrdin ab, dann konnte es gar nicht schnell genug gehen, um die Macht zurück zu erhalten. Lassen Sie mich daher in Grundzügen die politische Entwicklung seit 1991 darstellen.

Nach der Amtseinführung Michail Gorbatschows 1985 und der bald folgenden Umgestaltung und v.a. Glasnost wuchsen im Westen die Hoffnungen, der Reformprozess werde letztendlich zu einer Demokratie und zu rechtsstaatlichen Verhältnissen führen. Dies erwies sich jedoch nach 1991 als Trugschluß. Jelzin unterließ es, nach seinem Sieg über die Putschisten das Parlament aufzulösen und Neuwahlen durchzuführen. Ein Versäumnis, welches allerdings für Belotserkovsky (1996) und Busgalin/Koganow (1995) erklärbar ist: Beide schreiben, daß Jelzin mit den Führern des 1990 gewählten Parlamentes verbündet war und daher eine Auflösung 1991 nicht in seinem Interesse lag. In der Tat waren sowohl der ehemalige Vizepräsident Ruzkoj als auch der damalige Parlamentspräsident Chasbulatow im Herbst 1991 Verbündete Jelzins. Erst ab 1992 erfolgte die Entfremdung. So muß festgehalten werden, daß das 1990 gewählte russische Parlament im Gegensatz zu dem von 1989 gewählten sowjetischen Volksdeputiertenkongreß eine echte freie Wahl war: das Verfahren der Kandidatenaufstellung war - nach landesweiten Protesten - gegenüber 1989 vereinfacht worden: "Nun gab es für Jelzin und andere Demokraten keine Schwierigkeiten, nominiert

zu werden" (Leonhard, 1994). Belotserkovsky (1995) schreibt: "Auch hat es weder vor noch nach 1990 in Rußland vergleichbare demokratische Wahlen gegeben." Streng genommen war die Auflösung des Parlamentes 1993 - wenn auch verständlich - ein Verfassungsbruch durch Jelzin. Allerdings fühlte er sich durch das Referendum vom April 1993, welches ihm mit 58% der abgegebenen Stimmen sein Vertrauen aussprach, in seiner Legitimation bestärkt. Auch die Jelzin-Gegner hielten sich jedoch nicht an die Verfassung und bestimmten - ohne die Beschlußfähigkeit des Parlamentes festzustellen - Vizepräsident Ruzkoj zum Nachfolger Jelzins (Leonhard, 1994). Offensichtlich waren nicht die erforderlichen Zweidrittel aller Abgeordneten anwesend. So wurde die gewaltsame Beschießung des Parlamentes und der problematische "Sieg" Jelzins im Oktober 1993 von der Bevölkerung zu recht nicht als Kampf zwischen Demokraten und autoritären Kräften angesehen, sondern als Konflikt zwischen unterschiedlichen Cliques der neuen bzw. alten herrschenden Schicht.

Jelzin ließ sich daraufhin eine Verfassung schneidern, die ihm eine außergewöhnliche Machtstellung einräumte, die er dennoch im Zweifelsfall nicht beachtet. Er hat damit wesentlich mehr Befugnisse als sein französischer oder amerikanischer Amtskollege. Doch die Verfassung erlangte keine überzeugende Legitimation: Nach dem Referendum wurde bekanntgegeben, die Wahlbeteiligung, die über 50% liegen mußte, habe bei 54.8% gelegen, die Verfassung sei mit 58% der Stimmen angenommen worden. Später wurde zugegeben, die Wahlbeteiligung habe nur bei 50.14% gelegen, die ursprünglichen Zahlen mußten nach unten korrigiert werden. Zeitungen berichteten später jedoch, die Wahlbeteiligung sei unter 50% gelegen. Da die Zentrale Wahlkommission von Jelzin persönlich zusammengestellt wurde und Mitglieder der Opposition nicht zugelassen worden waren, konnten diese Vorwürfe der Wahlfälschung bis heute nicht aufgeklärt werden. Es scheint jedoch, als sei die Verfassung nicht bestätigt worden. Diese wäre somit ungültig. Warum liegt Jelzin so viel an der Verfassung? Der Präsident kann praktisch am Parlament vorbei mit Dekreten regieren. Er ist Staatsoberhaupt und Garant der Verfassung (welche Ironie!), bestimmt die Richtlinien der Innen- und Außenpolitik, ernennt mit Zustimmung der Staatsduma den Regierungschef (diese kann jedoch vom Präsidenten aufgelöst werden, wenn sie dreimal den vom Präsidenten vorgeschlagenen Ministerpräsidenten ablehnt oder der Regierung zweimal hintereinander das Mißtrauen ausspricht bzw. Vertrauensfragen negativ beantwortet. Das Auflösungsrecht gegenüber der Duma kann allerdings erst ab einem Zeitpunkt von 1 Jahr nach deren letztmaliger Wahl und nicht 6 Monate vor neuen Präsidentschaftswahlen erfolgen). Der Präsident ernennt Richter, Staatsanwälte und diplomatische Vertreter und schlägt dem Parlament den Zentralbankchef vor. Alle Ernennungen - auch die der Richter - müssen aber vom Parlament, im Falle der Richter dem Föderationsrat, bestätigt werden. Allerdings hielt sich Jelzin, wie Julia v. Blumenthal (1994) gezeigt hat, nicht immer an diese Bestimmungen. Der Präsident bildet und leitet den Sicherheitsrat, bestätigt die Militärdoktrin und ernennt bzw. entläßt das Oberkommando der Streitkräfte. Er verhängt im Falle der Aggression den Kriegszustand und er kann den Ausnahmezustand auf dem Territorium der Russischen Föderation verhängen. Föderationsrat und Duma müssen unverzüglich benachrichtigt werden (was im Falle Tschetscheniens nicht geschah). Der Föderationsrat muß den Erlaß des Präsidenten über die Verhängung des Kriegs- oder Ausnahmezustandes bestätigen und über den Einsatz der Streitkräfte entscheiden. Auch dies erfolgte im Falle Tschetscheniens nicht. Das Parlament - Staatsduma und Föderationsrat - haben nur wenig parlamentarische Macht und wirken nur bedingt an der Regierungsbildung mit. Sie können den Präsidenten und seine Regierung nicht effektiv kontrollieren, sie müssen allerdings dem Haushalt zustimmen. Der Föderationsrat ist mächtiger als die Duma, da er die Ernennungen der Richter bestätigen muß und das letzte Wort im Falle einer -äußerst schwierig zu praktizierenden - Amtsenthebung des Präsidenten hat. Außerdem obliegt es dem Föderationsrat und nicht der Duma, Kriegs- und Ausnahmezustand zu bestätigen.

Besonders schwierig ist die Amtsenthebung des Präsidenten. Das Verfahren ist folgendermaßen geregelt. Die Duma beschließt mit Zweidrittelmehrheit ihrer Mitglieder auf Initiative von einem Drittel ihrer Mitglieder im Falle eines Staatsstreiches oder

schweren Verbrechens den Antrag auf Amtsenthebung. Daraufhin legen das Oberste Gericht ein Gutachten über die Schwere des Verbrechens und das Verfassungsgericht ein Gutachten über die Verfassungsmäßigkeit der Amtsenthebung vor. Erst dann kann der Föderationsrat den Präsidenten mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder absetzen. Zwischen dem Beschluß der Duma und dem des Föderationsrates dürfen maximal drei Monate liegen. Da die Richter des Obersten Gerichtes und des Verfassungsgerichtes vom Präsidenten mehr oder weniger handverlesen sind, außerdem die geforderte Zweidrittelmehrheit - besonders im Föderationsrat - nur schwer herzustellen ist, ist die Waffe der Amtsenthebung in der Realität stumpf.

Der Präsident ist also genauso mächtig wie der Zar. Das Regime knüpft bewußt an zaristische Traditionen an - ebenso wie es die Nähe zur Orthodoxen Kirche sucht und an Glanzpunkte sowjetischer Vergangenheit, etwa den Sieg im 2. Weltkrieg anknüpft. Jelzin will sich dadurch - dem Rückgriff auf die "ruhmreiche" Vergangenheit - Legitimation verschaffen. Auch hierin ähnelt es den früheren sowjetischen Regimen vor Gorbatschow. Augenfällig wurde dies am 1. Dezember 1993, als Boris Jelzin nicht etwa die republikanische Flagge zum neuen Staatswappen erhob, sondern bewußt die alte zaristische Flagge mit den monarchischen Insignien Krone, Hzepter und Reichspafel, dem zaristischen Doppeladler in Gold auf rotem Tuch sowie dem Schild, in dem St. Georg (Jelzin?) den Drachen (Kommunismus ?) tötet, als Staatswappen auswählte. Die Amtseinführung nach seiner Wiederwahl stand ganz im Zeichen zaristisch-byzantinischer Tradition. Anfang 1996 stiftete er seinen eigenen Orden, deren erste Medaille der deutsche Bundeskanzler erhielt, als dieser im Februar 1996 als Wahlhelfer für Boris Jelzin nach Moskau eilte.

Zu den charakteristischen Entwicklungen seit den Wahlen vom Dezember 1993, die aufgrund der katastrophalen Wirtschaftslage den Rechtsextremisten Schirinowski mit knapp 23% der abgegebenen Stimmen in Führung sah (was sich bei den Duma-Wahlen 1995 Gott sei Dank wieder änderte), gehörte die Resowjetisierung des politischen Systems (Mommsen, 1996). Abweichungen von der gerade erst verabschiedeten Verfassung und ein Rückfall in autoritäre Tendenzen waren abzusehen. Von einer "Südamerikanisierung" der Verhältnisse wurde gesprochen: im Unterschied zur repräsentativen Demokratie zeichnet sich dieser Politiktyp durch die weitgehende Übertragung der Macht auf einen Präsidenten aus, der aufgrund schwacher Institutionen in seinen Handlungen unkontrolliert bleibt, sich auf Technokraten stützt und die Traditionen paternalistischer Herrschaft fortsetzt. Verstärkt wird dieses Phänomen durch die Strukturschwäche der politischen Parteien, die - mit Ausnahme der Kommunisten - nur geringe Organisationsstrukturen besitzen und eher Strömungen um einzelne Personen, etwa Gajdar, Tschernomyrdin oder jetzt Lebed darstellen. Die Regierungspartei "Unser Haus Rußland" sollte bei den Duma-Wahlen 1995 eine Art Präsidentenpartei darstellen, ähnlich wie bei den Duma-Wahlen 1993 die Partei: "Rußlands Wahl" von Gajdar. "Unser Haus Rußland" erhielt jedoch bei den Duma-Wahlen 1995 lediglich 10.13% der abgegebenen Stimmen. Die wichtigsten anderen Parteien sind die - gut organisierte - Kommunistische Partei der Russischen Föderation, der Nachfolgerin der KPdSU mit G. Sjuganow an der Spitze, der bei den Stichwahlen zum Präsidentenamt immerhin 40.4% der abgegebenen Stimmen erhielt. Die Partei hat ca. 500 000 Mitglieder und wurde bei den Duma-Wahlen 1995 mit ca. 22% stärkste politische Kraft. Sie wird insbesondere von ehemaligen Staats- und Parteifunktionären, Rentnern und Arbeitslosen unterstützt, die zu den Verlierern der Wirtschaftsreformen seit 1992 gehören. Die mit den Kommunisten verbündete Agrarpartei vertritt insbesondere die Interessen der ehemaligen Kollektivbauern und deren Funktionäre. Sie scheiterte 1995 mit 3.8% an der 5%-Klausel und ist - wie "Rußlands Wahl" von Gajdar, die ebenfalls an der Klausel scheiterte - nur über Direktmandate im Parlament vertreten. Drittstärkste Kraft sind die Rechtsextremisten, die mit Schirinowski noch 11.8% der Stimmen erhielten, allerdings eine Halbierung ihrer Stimmenanteile gegenüber 1993 hinnehmen mußten. Schirinowski selber erreichte im 1. Durchgang der Präsidentschaftswahlen nur noch 5.8% der abgegebenen Stimmen. Die Rechtsextremisten unterstützen als einzige Partei den Tschetschenienkrieg und die auf

Jelzin zugeschnittene Verfassung von 1993 in der Hoffnung, daß Schirinowski Präsident würde und die Vollmachten der Verfassung voll ausnützen könne.

Die Unpopularität der Wirtschaftsreformen und die Unzufriedenheiten der Menschen mit den Errungenschaften der Demokratie zeigte sich bei den Duma-Wahlen 1995 an dem schwachen Abschneiden des -allerdings zersplitterten - demokratischen Lagers. So erhielt die ehemalige Regierungspartei Gajdars Rußlands Wahl nur 3.8% der Stimmen und zog - ebenso wie die Agrapartei - nur über Direktmandate in die Duma ein. Allerdings hatte sie den Status der offiziellen Regierungspartei verloren. Angesichts der verheerenden Folgen der Wirtschaftsreform für die Massen war dieses Wahlergebnis nicht verwunderlich.

Fazit: Ein schwaches Parlament und schwache, gesellschaftlich nicht verankerte, instabile Parteien fördern die Machtkonzentration des mit autokratischer Macht ausgestatteten Präsidenten. Um so wichtiger wären funktionierende unabhängige Gerichte mit einem starken Verfassungsgericht, um Mißbräuchen vorzubeugen, und eine freie, unabhängige Presse. Wie sieht es damit aus ?

Bis 1991 gab es lediglich ein "Komitee für Verfassungsaufsicht", danach wurde das "Verfassungsgericht der Russischen Föderation" eingerichtet. Es litt jedoch bis 1993 im Rahmen des Konfliktes zwischen Präsident und Parlament unter einer zunehmenden Politisierung, zumal sich der damalige Verfassungsgerichtspräsident Sorkin mehrfach gegen Jelzin stellte. Ihm wurden Verfahrensmängel und Politisierung des Gerichtes auch von einer Minderheit der Richter selbst vorgeworfen (Mommsen, 1996) und so mußte er nach der Krise zurücktreten. Er wurde dann 1995 einfaches Richtermmitglied im Verfassungsgericht (Blumenthal, 1995). Die daraufhin folgende Auflösung des Verfassungsgerichtes per Dekret durch Jelzin nach dem Oktober 1993 war ebenso verfassungswidrig. Das Gericht wurde beschuldigt, das Land "an den Rande des Bürgerkrieges" gebracht zu haben und bei Ausbruch dieses Krieges in Passivität verharret zu haben (Mommsen, 1996).

Infolgedessen gab es bis Anfang 1995 kein Verfassungsgericht mehr, obwohl seine Zusammensetzung, die Berufung und seine Kompetenzen in der Verfassung festgelegt sind (Trautmann, 1995). Das im Juni 1994 verabschiedete "Gesetz über das Verfassungsgericht" beschnitt dessen Zuständigkeit erheblich. Es ist seitdem nicht mehr berechtigt, selber aktiv zu werden, es darf die Handlungen hochrangiger Amtspersonen nicht mehr auf ihre Übereinstimmung mit der Verfassung hin überprüfen und auch keine Gutachten mehr darüber erstellen, ob diese Personen abgesetzt werden dürfen (Leonhard, 1996). Das Recht, in letzter Instanz über die Amtsenthebung des Präsidenten zu entscheiden, wurde ihm ebenso entzogen wie das Recht, die Verfassungsmäßigkeit politischer Parteien und Organisationen festzustellen. Die Amtsperiode des Vorsitzenden wurde auf 3 Jahre befristet. Künftig soll es über Kompetenzstreitigkeiten zwischen föderalen Organen der Staatsgewalt und der Staatsgewalt der "Föderationssubjekte", also zwischen Zentrum und Regionen, entscheiden. Es kann über Bürgerbeschwerden wegen Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte entscheiden.

Fazit: Weitgehende Entmachtung des Gerichtes und damit der judikativen Kontrolle, die für die Entwicklung einer echten Demokratie von immenser Bedeutung ist. Und wie sieht es mit den Richtern aus ?

Deren Ernennung erfolgt nicht mehr durch die Verwaltungsorgane, sondern durch den Präsidenten der Föderation, also Jelzin, der dafür extra einen Verwaltungsstab einrichtete. Die Ernennungen müssen allerdings vom Föderationsrat gebilligt werden. Die Lage der Richter ist politisch instabil. Von richterlicher Unabhängigkeit kann kaum die Rede sein. Vom Präsidenten ernannt, sind sie diesem verpflichtet, von unten wuchs der Druck insbesondere durch die wachsende Kriminalität. So wurden Richter wegen ihrer Urteile ermordet. Allerdings gibt es auch positive Signale: so wurde durch ein Gesetz vom März 1995: "Über den staatlichen Schutz der Richter und der Amtspersonen" der

vorherige starke Einfluß des Justizministeriums auf die Tätigkeit der Gerichte beschnitten. Personelle und organisatorische Fragen wurden teilweise der Zuständigkeit der Richtergemeinschaft und ihrer Organe - dem Richterkongreß und dem Richterrat - zugeordnet. (Leonhard, 1996). Das Gesetz: "Der Status der Richter in der Russischen Föderation" aus dem Jahre 1992 etablierte die Rechtsprechung als eigenständige, von Legislative und Exekutive unabhängige Gewalt, auch die Schiedsgerichte erhielten mehr Befugnisse: so wurde eine Berufungsinstanz eingeführt (Leonhard, 1996). Aber: Der Druck durch die organisierte Kriminalität und die Abhängigkeit durch den Präsidenten, der auch - so Blumenthal (1995) zeitweise das Mitbestimmungsrecht des Föderationsrates mißachtete, etwa bei der Entlassung des Generalstaatsanwaltes, - schränken die richterliche Unabhängigkeit trotz erfolgter Verbesserungen ein.

Wie die Einschränkungen der Rechte des Verfassungsgerichtes also zeigen, fehlt es an einer wirksamen Kontrolle durch eine unabhängige richterliche Gewalt, die die Staatsmacht kontrollieren kann. Hinzu kommt, daß die rechtsprechende Gewalt im Bewußtsein der Bevölkerung nie einen hohen Stellenwert hatte. Viele empfanden die Justiz als zweitrangigen, ja unwichtigen Bestandteil der Staatsmacht (Leonhard, 1996). Rußland wurde und wird in erster Linie durch Personen regiert, nicht durch Institutionen. Insofern sind die Begriffe: "Südamerikanisierung", "Paternalistische Herrschaft" oder "delegative Demokratie" zu recht Ausdruck einer bedenklich starken Präsidialmacht, die unkontrolliert mit Dekreten schalten und walten kann, wie sie will.

Um so wichtiger wäre eine unabhängige Presse: Glasnost war das unbestreitbare Verdienst Gorbatschows. Wie hat sich die Presselandschaft unter Jelzin entwickelt ?

Die Einstellung Boris Jelzins zur Pressefreiheit, die er noch im Juli 1992 wortreich verteidigte, als es gegen Gorbatschow ging: "Wenn wir heute keine Kritik üben, dann gleiten wir wieder in den Sumpf ab, in dem wir uns viele Jahrhunderte befunden haben" (zit. nach: Sager, 1996) hat er - wie ich finde, nach dem bisher gesagten erwartungsgemäß - nicht durchgehalten. . Bereits am 26. Dezember 1992 stellte er durch die Schaffung des "Föderalen Informationszentrums Rußlands" die Medien unter seine Kontrolle. Die entstehende Pressevielfalt wurde vor allem durch die Wirtschaftskrise gehemmt. Nach der Freigabe der Preise Anfang 1992 war es vielen Zeitungen unmöglich, den Redaktionsbetrieb aufrecht zu erhalten. Von 1991 bis Mitte 1993 stiegen die Preise für Zeitungspapier um das 360fache, die Zustellungskosten machten Mitte 1993 ca. 56% des Verkaufspreises aus (Trautmann, 1995). Neben dieser Verteuerung wurden Presseunternehmen einer äußerst hohen Besteuerung unterworfen. Die immer mehr ansteigenden Kosten zwingen die Zeitungen zu Preiserhöhungen. Da sich die Zeitungen von Werbeeinnahmen und Verkauf jedoch nicht alleine finanzieren können, hängen sie zunehmend von staatlichen und privaten Finanziers ab. Dutzende unabhängiger Presseorgane mußten 1993/94 wegen der gestiegenen Papier-, Druck- und Vertriebskosten, aufgrund des hohen Steuersatzes und der steigenden Personalkosten ihr Erscheinen einstellen. Der Niedergang der überregionalen Zeitungen fand vor allem außerhalb der Großstädte statt (Leonhard, 1996). Die Leser in den Provinzen konnten sich aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungs- und Zeitungskosten - wenn überhaupt - nur noch eine Zeitung leisten, meist ein lokales Blatt. Die regionalen Zeitungen aber sind stark von den örtlichen Verwaltungen abhängig und somit viel stärker staatlichen Kontrollen unterworfen (Leonhard, 1996). Diese Verdrängung bewirkte, daß wichtige Informationen, vor allem aus dem politischen Leben, die Provinz nicht mehr erreichten. Dies wurde besonders beim Tschetschenienkrieg deutlich, der in den Provinzzeitungen kaum vorkam, da diese sich auf die Probleme ihrer Kreise und Stadtbezirke konzentrierten. Mit Beginn dieses Krieges im Dezember 1994 verstärkte sich auch der politische Druck auf die Presse. Die Jelzin-Führung versuchte sofort nach Ausbruch des Krieges, die Informationen aus dem Kriegsgebiet zu kontrollieren und bildete zu diesem Zweck das "provisorische Informationszentrum", welches zur Aufgabe hatte, Informationen aus dem Kriegsgebiet zu verfälschen. Doch bereits vorher boten Form und Inhalt der russischen Berichterstattung viele Angriffsflächen (Trautmann, 1995). Viele der noch 1991 unabhängigen Zeitungen sowie das russische Radio und das Fernsehen haben

inzwischen ein gemeinsames Merkmal: die vom Präsidenten und der Regierung betriebene Politik wird eher propagiert als kritisch kommentiert. Damit wurde die staatliche Propagandamaschine in etwas eleganterer Form wieder instand gesetzt. Unter den etwa 24 000 Priesstiteln in Rußland gibt es eine wirklich objektive Berichterstattung laut Ljuba Trautmann (1995) nur in den folgenden Zeitungen: Nezavisimaja Gazeta, Oscaja Gazeta und Moscow News.

Politisch einflußreicher als die Tagespresse, die Wochenzeitungen und die Zeitschriften ist, wie in anderen Ländern auch, das Fernsehen: Dieses wird noch stark von der Regierung beeinflusst, am meisten der wichtigsten Sender: ORT. Er ist zu 512% in Staatsbesitz. Der Rest verteilt sich auf privatwirtschaftliche Investoren. Etwas freier geht es beim RTR zu, zumindest solange Oleg Popzow, ein demokratischer Fernsehjournalist der ersten Stunde, sein Leiter war. Er wurde jedoch vor den Präsidentschaftswahlen 1996 von Jelzin wegen zu kritischer Berichterstattung entlassen. Der RTR ist im Gegensatz zum ORT nicht für die gesamte GUS konzipiert, sondern nur für die Bevölkerung der Russischen Föderation gedacht (Leonhard, 1996). An dritter Stelle steht der viel beachtete Sender NTV, vergleichsweise der unabhängigste und kritischste TV-Sender. Am 28.10.1996 enthüllte der inzwischen entlassene Chefleibwächter Jelzins, Alexander Korschakow, im Spiegel, daß der Chef des offiziellen TV-Kanals ORT, Bereksowski, heute Stellvertreter Jelzins im Sicherheitsrat, Korschakow gebeten habe, seinen Rivalen Wladimir Gussinski zu beseitigen - Miteigentümer des unabhängigen Senders NTV, der Zeitung Sewodnja, des Nachrichtenmagazins Itogi und der Most-Bank. Mißliebige Journalisten wurden umgebracht: so der schon erwähnte Dimitrij Cholodow, der - wie schon erwähnt - Korruptionsfälle bei den russischen Streitkräften aufgedeckt hatte, oder Wladislaw Listjew, der am 1. März 1995 erschossen wurde und die erfolgreiche Fernsehserie Wsgljad (Blick) geleitet hatte. Außerdem entließ Jelzin seit 1992 die Fernsehintendanten aufgrund einsamer Entscheidungen. Popzow habe ich schon erwähnt. Außerdem wurde Jegor Jakowlew im November 1992 für die Ausstrahlung einer Dokumentation über die Nationalitätenprobleme in Transkaukasien vom Präsidenten mit der Begründung entlassen, er habe "nationalen Haß" geschürt. Im Dezember 1993 wurde sein Nachfolger Bragin geschloßt, weil er angeblich den Mißbrauch des Bildschirms vor den Duma-Wahlen 1993 zugelassen habe. Damit waren offensichtlich die häufigen und erfolgreichen Auftritte Schirinowskis im Fernsehen gemeint: ganz unerwartet schlug er damals mit knapp 22% der Stimmen Rußlands damalige Regierungspartei Rußlands Wahl des vormaligen Ministerpräsidenten Gajdar. Ganz abgesehen davon, daß Schirinowski für die Annahme der Verfassung warb, was Jelzin zu jenem Zeitpunkt ganz recht war, hatte Gajdars Partei etwa zehnmal soviel Sendezeit zur Verfügung wie die Konkurrenten. Jegor Jakowlew zog nach der Präsidentschaftswahl 1996, bei der von fairer Berichterstattung nicht die Rede sein konnte (Leonhard, 1996, Schmidt-Häuer, 1997) (das TV wurde ganz in den Dienst für Jelzins Wiederwahl gestellt), Bilanz: "Ich glaube nicht, daß ein Obkom-Sekretär versteht, was unabhängiges Fernsehen bedeutet. Und Jelzin ist nach wie vor der Sekretär eines Gebietskomitees: Boris Nikolajewitsch und seine Umgebung sind nicht in der Lage, eine Politik zu betreiben, die einer unabhängigen Presse Raum gibt. Alles, was sie seit 1992 gemacht haben, hatte das Ziel, die unabhängige Presse zugrunde gehen zu lassen. Es gibt in Rußland keine unabhängige Presse". (zit. nach: Sager, 1996).

Man merkt also auch hier, wie recht M. Mommsen mit ihrem Ausspruch einer Resowjetisierung der russischen Politik seit 1993 hatte. Ein Merkmal derselben war die Verengung der politischen Willensbildung auf ein einziges kollektives Entscheidungsorgan, in dem Vertreter des Militärs und der Sicherheitsdienste dominierten: den geschaffenen Nationalen Sicherheitsrat. Wie früher das Politbüro, so avancierte er im Jahre 1994 zum entscheidenden Machtorgan in Rußland. Wie das Politbüro den Einmarsch in Afghanistan beschloß, so beschloß dieses Gremium in altsowjetischer Manier den Einmarsch in Tschetschenien.

e) Der Tschetschenienkrieg und seine Ursachen:

Der Tschetschenien-Konflikt ist nur zu begreifen, wenn man die Veränderungen in der sowjetischen Innen- und Außenpolitik nach den Duma-Wahlen von 1993 analysiert. Nach dem Sieg der nationalistischen Opposition und der Niederlage der demokratischen Kräfte wurden nun offiziellerseits zunehmend Anleihen bei den national-patriotischen Parolen getätigt. Die Ideologie der Staatsvergötterung (Derschawnost) kam auch in der schon 1994 immer deutlicher postulierten Anwartschaft Rußlands auf eine Hauptrolle in der Weltpolitik zum Ausdruck (Mommsen, 1996). In seiner Rede zum 49. Jahrestag des Sieges über Hitler-Deutschland forderte Jelzin, daß man das große Rußland nur mit "Sie" ansprechen dürfe. Von dem neuen offiziellen Patriotismus und russischem Nationalismus kündeten darüber hinaus auch einige öffentliche Auftritte Jelzins, die eine besondere Ehrerbietung gegenüber traditionellen Werten der russischen Kultur und der orthodoxen Religion manifestierten. Es verstärkte sich der Eindruck, daß das neue national-patriotische Mäntelchen der politischen Führung dazu dienen sollte, dem neuen Regime und seinen Trägern politische Legitimität und wieder mehr Akzeptanz im Lande zu verschaffen. Zu den Inhalten des Großmacht-Paradigmas gehörten auch die unverhüllten Ansprüche auf die Stellung einer Hegemonialmacht gegenüber den Partnern in der GUS und die nachdrückliche Behauptung der Einheit und Unteilbarkeit der Russländischen Föderation. Das Verlangen nach imperialer Größe und nach Stärkung des Staates im Innern verdrängte das früher vorrangig propagierte Prinzip der Zivilgesellschaft. Michail Gorbatschow sagte Ende 1990 über seine Wende in der russischen Außenpolitik: "Wir haben uns der Welt geöffnet, wir haben auf Einmischung in fremde Angelegenheiten ebenso verzichtet wie auf den Einsatz unserer Armee außerhalb des Landes. Im Gegenzug haben wir Vertrauen, Solidarität und Achtung erworben. Wir sind zu einem Hauptpfeiler bei der Umbildung der gegenwärtigen Gesellschaft nach friedlichen und demokratischen Grundsätzen geworden" (zit. nach: Leonhard, 1996).

Diese neue Linie der Außenpolitik die eng mit den Namen Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadze verbunden war, wurde von der neuen Führung um Präsident Jelzin und Außenminister Kosyrew zunächst fortgesetzt. Zunehmend gerieten Jelzin und Kosyrew wegen ihrer "westorientierten Außenpolitik" unter Beschuß, sowohl von Kommunisten als auch von Rechtsnationalisten. Die Wende in der Außenpolitik Rußlands, die einer Resowjetisierung gleichkam, wurde von Kosyrew am 14.12.1992 in Stockholm verkündet. Bei einer Sitzung der KSZE wies der russische Außenminister völlig unerwartet auf die asiatischen Traditionen der Russischen Föderation hin, die einer Annäherung an Westeuropa Grenzen setzten und schockierte damit nicht wenige KSZE-Diplomaten. Aus der Sicht der neuen Derschawnost-Ideologie, die auch mit einer Resowjetisierung im Innern einherging (-Stärkung der Sicherheitsdienste im Umfeld des Präsidenten, -Entlassung der demokratisch orientierten Mitarbeiter Jelzins und Ersetzung durch Repräsentanten der sogenannten "Kriegspartei" im Kreml, -Wiederherstellung oligarchischer altsowjetischer Führungsprinzipien, - Ausbau des Präsidialapparates zu einer zweiten Regierung, so daß es zu einem "Dualismus" Präsidialapparat - Regierung wie früher ZK - Regierung kam, - Aufwertung des Sicherheitsrates, der laut Verfassung nur beratende, jedoch keine entscheidende Funktion besitzen sollte, diese aber de facto seit dem Winter 1992/93 übernahm, was zu der bereits erwähnten Verengung der politischen Willensbildung auf ein entscheidendes Machtorgan führte, in dem die "professionellen Oppositionellen fehlten), war die gewaltsame Niederringung des tschetschenischen Separatismus geradezu vorprogrammiert. Der Verzicht auf gewaltsame Lösungen in der Außenpolitik, Hauptkennzeichen der Gorbatschowschen Politik, wurde damit revidiert.

Die Initiative konnte von ihren Urhebern als legitimes Mittel gesehen werden, um gleichzeitig gegenüber dem "fernen" und "nahen" und dem "inneren Ausland" - letzteres in Gestalt der 21 nationalen Republiken der Russländischen Föderation - dem Großmachtanspruch der politischen Führung Geltung zu verschaffen. Die von Jelzin noch Anfang Oktober 1994 geäußerten Bedenken: "Wenn wir Gewalt gegen Tschetschenien anwenden, wird sich der gesamte Kaukasus erheben, und es wird so viel Unruhe, so viel Blutvergießen geben, daß uns das niemand verzeiht", waren zwar prophetisch, hatten zu jener Zeit jedoch taktische Ursachen: Wie Ljuba Trautmann 1995 festgestellt hat,

bemühte sich die russische Führung 1993/94 bei der KSHZE um ein Mandat zur Regulierung von Konflikten auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR. Einem Staat aber, der innere nationale und politische Konflikte mit Gewalt und durch Menschenrechtsverletzungen "regelt", hätte die KSZE kein Mandat übertragen können. Ende 1994 waren jedoch die staatlichen und geostrategischen Interessen der Russländischen Föderation stärker als das russische Interesse nach internationalem Prestigezuwachs. Außerdem wurde der russischen Führung zu jener Zeit klar, daß ein KSZE-Mandat selbst für einen demokratischen Staat nur schwer zu erlangen war. Ende 1994 mußte Rußland darüber hinaus eine empfindliche Niederlage in der Außenpolitik hinnehmen: Nur 5 Tage vor Beginn der Invasion in Tschetschenien mußte Rußland am 6.12.1994 eine politische und diplomatische Niederlage in der Außenpolitik hinnehmen, als beim KSZE-Gipfeltreffen in Budapest seine Interessen in Bezug auf die künftige Nato-Osterweiterung unberücksichtigt blieben.

Außerdem litt das Ansehen Jelzins innenpolitisch durch zwei Ereignisse: den rapiden Kurssturz des Rubel am 11. Oktober 1994 (der neue Finanzminister wurde bezeichnenderweise vom Sicherheitsrat vorgeschlagen, der damit seine herausragende Stellung als höchstes Machtorgan in Rußland dokumentierte) sowie die - bereits erwähnte - Ermordung des Journalisten Dmitrij Cholodow, der über die Korruption in den Streitkräften berichtet hatte, am 17.10.1994. Dies schwächte das Ansehen und die Autorität von Jelzin und Verteidigungsminister Gratschow, einem Hardliner, empfindlich. Ausschlaggebend für die Interventionsentscheidung am 28.11.1994 war dann die Tatsache, daß Ende November russische Soldaten bei dem Versuch, zusammen mit der tschetschenischen Opposition die Hauptstadt Grosny einzunehmen, in Dudajews Gefangenschaft gerieten. Die Soldaten gaben zu, daß sie vom russischen Geheimdienst angeheuert worden waren. Schon Ende August war es zu Auseinandersetzungen zwischen den Milizen Dudajews und oppositionellen tschetschenischen Gruppierungen gekommen, bei denen Moskau seine Hände im Spiel hatte, indem es die Opposition mit Waffen und Beratung unterstützte. Dieser Gesichtsverlust der russischen Führung und die damit verbundene öffentliche Demütigung raubten dieser die Fähigkeit zum nüchternen politischen Nachdenken: brachte doch dieser Mißerfolg Moskaus die Schwäche der Jelzin-Administration ans Tageslicht: Niemand rechnete mehr mit ihr, man respektierte und fürchtete sie nicht. Jelzin stellte ein Ultimatum und setzte russische Truppen in Marsch. Wer die Szenerie beobachtet hatte, wußte, daß Moskau den Krieg wollte; wie 1968 in Prag und 1979 in Afghanistan.

Welches waren nun die über die Tagespolitik hinausreichenden Hauptgründe der Invasion:

- Sie sollte von den innerrussischen sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten ablenken und durch den - nicht bezweifelten - Blitzsieg Jelzins schwindende Autorität bei der Bevölkerung wiederherstellen
- Sie sollte Rußlands Macht und Größe demonstrieren: nicht nur gegenüber Tschetschenien und anderen Föderationssubjekten, sondern auch gegenüber allen anderen GUS-Staaten. Moskau wollte die Zerfallsgeschichte der Sowjetunion nicht wiederholen und wollte hiermit ein Signal setzen, um den statlichen Zerfall mit allen Mitteln, auch militärischen, im Sinne seiner autoritären, imperialen Tradition, zu verhindern.
- dritter Hauptgrund waren langfristige geostrategische Überlegungen: die Intervention sollte dazu dienen, die Pipelines vom Kaspischen Meer zum Westen, von denen viele durch Tschetschenien laufen, in die Hand zu bekommen. Die strategische Kontrolle über das Öl der Kaukasus-Region will Rußland weder an separatistische Bewegungen, noch an ausländische Investoren verlieren. Bezeichnend dafür war, daß die Invasion nur kurz nach dem Vertrag der unabhängigen Republik Aserbaidschan unter Präsident Alijew mit amerikanischen und englischen Firmen geschah, bei dem es um Investitionen in Höhe von 11,5 Mrd. DM ging. (Trautmann, 1995). Dieses Projekt führte sehr schnell zu diplomatischen Verstimmungen, da Rußland die Energieversorgung und

Devisenbewirtschaftung mit Hilfe der südlichen Ölvorkommen nicht aus der Hand geben will. Darüber hinaus hat Tschetschenien wegen seiner reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen früher 90% des Flugbenzins für Rußland geliefert (Spiegel 9.1.95, Trautmann, 1995). Außerdem stellt der Kaukasus - strategisch gesehen - Rußlands Tor zum Süden dar. Rußland konkurriert in dieser Region mit dem Iran und der Türkei um hegemonialen Einfluß. Nicht zuletzt im Bemühen um Stabilität änderte sich auch die Außenpolitik Rußlands dem Iran gegenüber deutlich. Im Gegenzug zur Lieferung des ersten Kernkraftblockes nach Iran verpflichtete sich dieser 1995, der regionalen Stabilität Vorrang einzuräumen und seine frühere Unterstützung separatistischer Bestrebungen aufzugeben.

Man sieht also, welche Vielfalt an Ursachen zu dem blutigen Konflikt in dem kleinen Land von der Größe Hessens führten, welches bereits im 19. Jahrhundert einen dreißigjährigen Eroberungskrieg der Russen auszuhalten und erneut 1944 unter Stalin zu leiden hatte, als dieser die Tschetscheno-Inguschische Autonome Republik auflöste und Tschetschenen und Inguschen aus ihrer angestammten Heimat deportierte, in die sie erst 1957 zurückkehren konnten. Bis zum Januar 1995 sollten - nach einem Bericht des russischen Menschenrechtlers Kowaljow - 24350 Zivilisten, davon rund 18 000 Tschetschenen und 12 000 russische Soldaten, getötet worden sein. Der Krieg verschärfte auch die Wirtschafts- und Finanzkrise des Landes. Der Haushalt 1995 wurde mit rund 10 Billionen Rubel belastet. Jeder weitere Monat kostete Rußland nach Schätzungen von Otto Lazis, einem Kommentator der Iswestija, rund 1% des BSP (Trautmann, 1995).

Und was tat Jelzin ? Während der verlustreichen Kämpfe um das zerstörte Grosny zur Jahreswende 1994/95, während rund 40 000 Soldaten versuchten, Grosny zu erobern, was nach massiven Verlusten erst nach 18 Tagen gelang, obwohl die volle Kontrolle über die Stadt nie hergestellt wurde, hielt Jelzin seine Neujahrsansprache im russischen Fernsehen. Er beendete sie mit erhobenem Sektglas - ohne ein Wort für die Toten in Tschetschenien zu finden.

Die friedliche Lösung des furchtbaren Geiseldramas in Budjonowsk im Juni 1995 war Ministerpräsident Tschernomyrdin zu verdanken, der für eine friedliche Lösung des Konfliktes kämpfte und sie auch erreichte; gegen den in Halifax weilenden Jelzin und die Kreigspartei im Kreml, die das Krankenhaus stürmen lassen wollten. Es war die einzige offenkundige Meinungsverschiedenheit des Premiers mit Jelzin, die nach außen drang, aber sie erhöhte das Ansehen Tschernomyrdins. Jelzins "Gewaltminister" wurden - mit Ausnahme von Gratschow - nach einem Mißtrauensvotum des Parlaments entlassen (Innenminister, Nationalitätenminister, Geheimdienstchef). Die Entlassung des Verteidigungsministers erfolgte ein Jahr darauf - zusammen mit der "Kriegspartei" im Kreml. Dies war die Bedingung Alexander Lebeds für die Unterstützung Jelzins im 2. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 1996. Lebed gelang es schließlich, im August 1996 einen Waffenstillstand zu erreichen, der im großen und ganzen bisher gehalten hat. In einer Fernsehansprache nach seiner Herzoperation betonte auch Jelzin am 20.12.1996 seine Friedensbereitschaft für Tschetschenien. Hoffentlich bietet dies Anlass zu vorsichtigem Optimismus.

f) Grundzüge der russischen Außenpolitik unter Jelzin:

Folgende Grundzüge der russischen Außenpolitik lassen sich unter Jelzin erkennen. Nachdem Gorbatschows Politik des "Neuen Denkens" zu einer Überwindung alter Feindbilder führte, vollzog sich seit 1992/93 eine Wende zum nationalen Großmachtdenken. Dabei spielte die gewaltige Rückkehrwelle von Hunderttausenden russischer Soldaten aus Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes und die daraus resultierenden sozialen Probleme (Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit) eine entscheidende Rolle. Erst damit wurde der russischen Bevölkerung der Verlust ihrer einstigen Weltmachtstellung deutlich. Dies stärkte jene Kräfte, die sich vehement für eine Großmachtspolitik mit deutlicher Betonung russischer Machtinteressen einsetzten. Hinzu

kommt die massive Enttäuschung über den Westen. Bei der politischen Klasse überwiegt die Auffassung, daß Rußland vom Westen nicht mehr als Supermacht behandelt und entsprechend konsultiert, sondern als Macht zweiter Klasse behandelt wird. Die Wandlung der russischen Außenpolitik wird durch den derzeitigen Außenminister Primakow verkörpert. Anstelle von "Partnerschaft mit dem Westen" setzt er auf die Überwindung der amerikanischen Dominanz in der Weltpolitik. Er hat eine Theorie entwickelt, die 5 gleichberechtigte Weltmächte (USA, Europa, Rußland, Japan, China und evtl. Indien) als "gleichberechtigte Machtzentren" vorsieht, eine sogenannte "multipolare Welt". Laut FR vom 08.01.1997 ist dies die "dominierende außenpolitische Idee", so Präsidentensprecher Jastrschembski. Die Partnerschaft mit dem Westen werde zwar nicht in Frage gestellt, verliere aber gegenüber etwa den Beziehungen zu China an Exklusivität. Aus diesem Grunde ist Moskau auch durchaus für eine Erweiterung der EU, weil sie das Eigengewicht Europas im weltpolitischen Pol stärke, aber massiv gegen die Nato-Osterweiterung, die für Moskau unter amerikanischer Dominanz stehe. Laut FR habe sich Präsident Jelzin dieses Modell seines Außenministers zu eigen gemacht. Als Vorteil auch für den Westen kann gesehen werden, daß die neue Außenpolitik einen breiten Rückhalt bei allen politischen Kräften findet. So schmerzhaft dies für den Westen sein mag: es ist auf jedenfall besser, wenn eine Außenpolitik auf breiten Rückhalt bei der politischen Elite zählen kann. Es war die Tragik der Außenminister seit Schewardnadze, daß dies nicht der Fall war.

Die Enttäuschung über die Resultate der Wirtschaftsreform, die aufgrund der Kredite von IWF und Weltbank diktiert wird (siehe hierzu insbesondere: Hishow: Rußland und der IWF in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 70/96), führt zu massiver Enttäuschung über den Westen. Es entsteht der Verdacht, der Westen wolle die Verarmung Rußlands durch die diktierten Reformen bewußt herbeiführen bzw. die vorhandene Armut konservieren, damit Rußland auf dem Stand eines Entwicklungslandes verharre und somit dauerhaft als zweite Supermacht und Konkurrent des Westens ausgeschaltet werde. Insbesondere gibt es - meiner Meinung nach berechnete - Enttäuschung über das westliche Verhalten in Bezug auf die Nato-Osterweiterung. Der stellvertretende Verteidigungsminister Kokoschin erklärte in München anläßlich der Wehrkundetagung 1996, die Nato-Osterweiterung bedeute eine klare Verletzung der Verpflichtung des Westens, nach Auflösung des Warschauer Paktes und der Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung die Nato nicht zu erweitern (zit. nach: Thurnherr, 1996). "Die Nato-Osterweiterung zu akzeptieren", meinte ein Kommentator im Fernsehen, "würde bedeuten, das Diktat der Amerikaner nach der Niederlage des Kalten Krieges zu akzeptieren" (zit. nach: Thurnherr, 1996). Hier kommen Gefühle auf, wie sie in Deutschland bezüglich Versailles bestanden haben und hier zur Zerstörung der Weimarer Republik beutrugen. Schmidt-Häuer (1997) zitiert in der "Zeit" vom 10.01.1997 den früheren britischen Botschafter in Moskau, Braithwaite, mit dem Satz, jede europäische Regelung, von der Rußland meine, daß sie gegen seine vitalen Interessen gerichtet sei, werde langfristig ein ähnliches Risiko bergen wie der Versailler Vertrag von 1919. Schmidt-Häuer meint zu recht, die Deutschen hätten am Ende dieses Jahrhunderts allen Grund, sich an seinen Anfang zu erinnern.

Aus diesen Gründen ist Rußland seit 1993 bestrebt, zumindest in der GUS als Hegemonialmacht anerkannt zu werden und die militärische Kontrolle über die dortigen Krisengebiete zu übernehmen. Dies bedeutet auch, bei der Vermittlung der Konflikte innerhalb der GUS die Führung zu übernehmen; schließlich ist Rußland mit über 17 Mio km mehr als dreimal so groß wie die übrigen GUS-Länder.

Aber auch sonst wird das Bestreben deutlich, im Sinne der oben beschriebenen neuen multipolaren Theorie die amerikanische Dominanz in der Weltpolitik aufzubrechen. So unterstützte die Regierung im Jugoslawien-Konflikt lange Serbien, wobei es hier Ziel war und ist, bei der Überwindung der Krise beteiligt zu werden und als Großmacht anerkannt zu werden. Außerdem sucht Moskau, KSZE und EU gegenüber der Nato aufzuwerten, um der amerikanischen Dominanz in Europa zu begegnen. So zitiert Thurnherr (1996) den Publizisten Alexander Kokotkin, der zu Beginn dieses Jahres in einem Artikel, der in

mehreren Zeitschriften publiziert worden sei, der russischen Führung eine neue Realpolitik empfohlen hatte. So solle Rußland die japanische und deutsche Forderung nach einem ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat unterstützen, um so die amerikanische Dominanz aufzuweichen.

In dieselbe Richtung zielt auch die Suche nach neuen Verbündeten im Nahen und Fernen Osten: Die aktive Besuchtsdiplomatie mit China seit 1994 (der chinesische Premier Li Peng war der erste Politiker, den Jelzin nach seiner Herzoperation empfing), geht nicht nur auf die Bedeutung des bilateralen Handels zurück (China ist nach Deutschland der wichtigste Handelspartner Rußlands), sondern auch auf die gemeinsame Ablehnung der Nato-Osterweiterung. Außerdem zeigte China Verständnis für den Einmarsch in Tschetschenien. Dies bestätigte führende russische Politiker noch mehr darin, in China einen zuvorkommenden Alternativ-Partner gefunden zu haben. Natürlich werden die Kontakte zu Washington nicht vernachlässigt; so ist ein Gipfeltreffen zwischen Jelzin und Clinton geplant, wenn die Gesundheit Jelzins es zuläßt. Es erleichtert jedoch die russische Verhandlungsposition und das angeschlagene Selbstbewußtsein, noch andere "Trümpfe" auszuspielen zu können.

Aus diesen Gründen wendete sich die russische Außenpolitik seit 1992 auch verstärkt den Ländern des Nahen Ostens und Asiens zu. Der asiatische Teil der Russländischen Föderation macht 74,8% des russischen Territoriums aus. Die neue Außenpolitik wurde etwa im Verhältnis zwischen Rußland und dem Iran deutlich. Ich habe dies bereits erwähnt. Hatte der Iran zunächst die Bemühungen der zentralasiatischen Staaten um mehr Unabhängigkeit von Rußland unterstützt, rückte das Ziel, die regionale Stabilität zu wahren, mehr und mehr in den Vordergrund. Rußland seinerseits lag daran, in dieser Region erneut außenpolitisch und ökonomisch aktiv zu werden (Leonhard, 1996). So wurde am 8. Januar 1995 ein russisch-iranischer Vertrag über die Fertigstellung des ersten Kraftwerkblocks vom Typ WER-10000 in Buschehr/Iran unterzeichnet. Zur selben Zeit wurde in Teheran ein iranisch-russischer Kooperationsvertrag mit zehnjähriger Laufzeit paraphiert, der auch militärische Zusammenarbeit einschließt. Wiederholt ist in dem Abkommen gar von einer "strategischen Allianz" die Rede. Dafür unterstützt der Iran nun nicht mehr die Opposition gegen die russländische Föderation, etwa in Tadschikistan.

Der antiamerikanische Akzent der neuen Außenpolitik wird noch durch folgende Information erhärtet: Die Weigerung Jelzins, auf das eben erwähnte Abkommen mit Teheran zu verzichten, war unter anderem die Folge einer Affäre der Jahre 1992/93 über den Export sogenannter "Cyrogen engines and related technologies" nach Indien. Damals legte die US-Regierung ihr Veto ein, um die ihrer Ansicht nach drohende Verletzung der Non-Proliferationsverträge zu verhindern. Außenminister Kosyrew, der letzte Anhänger einer exklusiven Partnerschaft mit dem Westen in der Führung, der Anfang 1995 abgelöst wurde, überzeugte den Präsidenten, den Vertrag mit der indischen Regierung zu überdenken, obwohl Jelzin dem indischen Premierminister anlässlich seines Besuches in Neu-Dehli 1993 versprochen hatte, daß der Handel zustande kommen werde. Nochmal sollte nicht amerikanischem Druck nachgegeben werden.

Fazit: Abkehr von der sogenannten "romantischen Periode", dem "kurzen Honeymoon" mit den USA, Verstärkung imperialer und nationaler Tendenzen, Verzicht - wie Tschetschenien zeigte - auf gewaltlose Lösungen in der Außenpolitik. Allerdings dürfe die wirtschaftliche Schwäche Rußlands nicht übersehen werden: das BSP beträgt nur 13% des BSP der USA (Thurnherr, 1996), die imperiale Großmachtaktionen begrenzen dürfte. Mit der Nato-Osterweiterung begeht der Westen meiner Meinung nach jedoch einen großen psychologischen Fehler. Ich gebe dem früheren Bundesverteidigungsminister Georg Leber recht, der anregte, alle Nato-Staaten und Rußland sollten einen Vertrag über die Unversehrtheit der in Frage kommenden Länder schließen. Man könnte auch - zur Verhinderung eines russischen Angriffes - bilaterale Verträge mit den betroffenen Staaten schließen. Anderenfalls wird man - so fürchte ich - alten russischen Einkreisungsängsten

wieder Nahrung geben und dies würde sicherlich nicht die gemäßigten Kräfte in Rußland stärken.

g) Fazit der Ära Jelzin:

Der Amtsantritt Michail Gorbatschows und seine Reformen hatten im Westen die Hoffnung genährt, der Durchbruch zu einem demokratischen und rechtsstaatlichen freien Rußland könnte gelingen. Trotz vieler Mängel der Perestroika - vor allem im wirtschaftlichen Bereich - schien die zaristisch-autoritäre Staatstradition des patrimonialen Staates 1991 zugunsten einer Zivilgesellschaft überwunden. Die Bilanz der Ära Jelzin stellt sich zwiespältig dar: Einerseits wurden die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchgeführt, sowohl Präsident wie auch Parlament besitzen demokratische Legitimation. Insbesondere seit 1992/94 kam es jedoch zu einem Erstarren der national-konservativen Kräfte, als deren Repräsentant Jelzin sich zunehmend fühlte. Glasnost wurde eingeschränkt, insbesondere seit dem Krieg in Tschetschenien, und durch Derschawnost, einer Ideologie der Staatsvergötterung, ersetzt. Es kam ab 1993 zu einer Resowjetisierung der russischen Innen- und Außenpolitik. Die auf den Präsidenten zugeschnittene Verfassung führte zu einer weitreichenden Übertragung von Macht und Verantwortung auf einen Präsidenten, der aufgrund schwacher Institutionen in seinen Handlungen unkontrolliert bleibt und mit Dekreten am Parlament vorbeiregieren kann. Dies erinnert sehr an den alten patrimonialen Staat. Auch die nicht überwundene Wirtschaftskrise, die starke Zunahme der Kriminalität und das Unwesen der Mafia verstärken die Sehnsucht nach einem starken Mann, wie es der Erfolg Schirinowskis bei den Duma-Wahlen 1993 (der sich 1995 und 1996 glücklicherweise nicht wiederholte) zeigte.

Der Sieg Jelzins bei den Präsidentschaftswahlen 1996, der im übrigen aufgrund der einseitigen Medienberichterstattung pro-Jelzin nicht als fair bezeichnet werden kann (wenn auch die Wahlen selbst offensichtlich nicht gefälscht wurden), wird von westlichen Beobachtern eher als ein Plebiszit gegen die Rückkehr zum alten System denn als Vertrauensbeweis für die Person gewertet. Immerhin: Die Wahlen fanden statt und dies bedeutet, daß sich die Elite an demokratische und faire Wahlen zu gewöhnen beginnt. Ein hoffnungsvolles Zeichen. Die Wirtschaftskrise, die schlechte soziale Lage der Bevölkerung und der Machtwille des Präsidenten sind jedoch keine positiven Signale für die Zukunft.

7. Welche Perspektiven einer zukünftigen Entwicklung lassen sich aufzeigen ?

Von den Sowjetforschern werden folgende Entwicklungsszenarien diskutiert:

• Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft:

Eine Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft, wie sie zur Zeit der Perestroika erfolgte, scheint nur langfristig aufgrund soziologischer Entwicklungen (Urbanisierung, höherer Bildungsgrad, Pluralismus in der Gesellschaft, kein Informationsmonopol durch eine Partei) denkbar. Kurz- bzw. mittelfristig scheint dies mir aufgrund der schwachen Institutionen und des ausgeprägten Machtwillens des Präsidenten eher unwahrscheinlich. Allerdings zeigte der Protest gegen den Tschetschenienkrieg, das Stattfinden der Wahlen und auch die Tatsache, daß der unterlegene kommunistische Kandidat den Wahlsieg Jelzins anerkannte und diesem gratulierte, daß die politische Elite sich an den demokratischen Prozeß zu gewöhnen beginnt. Dies ist ein hoffnungsvolles Zeichen.

- **Rückkehr zum Sowjetsystem:**

Eine Rückkehr zum früheren Sowjetsystem mit einer Partei ist sehr unwahrscheinlich. Eher ist anzunehmen, daß sich die KP zwar nicht wandelt, jedoch langsam an den Demokratisierungsprozeß gewöhnt. Gerade die unter 30-jährigen haben mehrheitlich Jelzin gewählt. Auch die oben skizzierten soziologischen Veränderungen lassen - trotz der besprochenen Resowjetisierung der Innen- und Außenpolitik - eine Rückkehr zum alten System und zur Planwirtschaft nicht zu. Dazu ist Rußland auch wirtschaftlich bereits zu sehr in den Weltmarkt eingebunden.

- **Militärputsch oder Militärdiktatur:**

Dies scheint ebenfalls sehr unwahrscheinlich. Im Gegensatz zu Südamerika hat das Militär immer nur die Zweite Geige gespielt. Auch der Putsch von 1991 wurde eher von den Sicherheitskräften (Geheimdienst, Innenministerium, Polizei) getragen. Außerdem macht der desolate Zustand der Armee (eine Armeereform gehört zu den Prioritäten der Jelzin-Führung) einen Putsch unwahrscheinlich. Ein Staatsstreich im Kreml der verschiedenen rivalisierenden Machtblöcke erscheint angesichts des präkären Gesundheitszustandes des Präsidenten dann eher möglich.

- **Bürgerkrieg zwischen den GUS-Ländern:**

Die Wahrscheinlichkeit stärkerer Konflikte ist eher unwahrscheinlich. Der Zerfall des früher einheitlichen Wirtschaftsraumes hat allen Ländern sehr geschadet. Vor diesem Hintergrund sind auch Fusionsbestrebungen, etwa mit Weißrußland zu sehen. Eine Wiederherstellung der UdSSR ist nicht anzunehmen; das Trauma der Unterdrückung sitzt einfach zu tief. Wohl aber dürfte es zu einer seit 1992/93 zu beobachtenden verstärkten Zusammenarbeit unter russischer Dominanz kommen. So wurden die Regionalkonflikte, über die ich berichtet habe, gelöst: Der Konflikt zwischen Aserbeidschan und Armenien um Berg-Karabach, der Konflikt zwischen Georgien und Abchasien und zwischen Georgien und Ossetien konnte durch Waffenstillstände beigelegt werden. Der Bürgerkrieg in Tadschikistan wurde im Dezember 1996 durch Waffenstillstände beendet. Dies kann - ebenso wie die verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit - für die wirtschaftliche Erholung nur gut sein.

- **Zerfall Rußlands und Wiederholung der "jugoslawischen" Zustände ?**

Sollte sich die wirtschaftliche Situation nicht verbessern, könnte es zu verstärkten Verteilungskämpfen zwischen dem Zentrum und den Regionen in Rußland kommen. Die Ursache des Jugoslawien-Konfliktes ist darin zu sehen, daß Jugoslawien viel zu schnell an den Weltmarkt angekoppelt wurde, obwohl es keine konkurrenzfähigen Produkte besaß. Dasselbe gilt für Rußland. Auch in Jugoslawien führte dies zu einer Zahlungskrise und zu weiteren IWF-Krediten zu dessen einseitig monetaristischen Bedingungen. Schließlich ging die soziale Stabilität verloren, als sich der reichere Norden weigerte, die Zentrale und den ärmeren Süden weiterhin zu subventionieren. Sollte Moskau seine Kreditschulden aus den Regionen eintreiben, so droht Rußland dasselbe Schicksal. So gibt es bereits Tendenzen der reicheren "Föderationssubjekte", ihre Bodenschätze und Rüstung unter die eigene Flagge zu stellen. Baschkortostan und die Republik Sacha (Jakutien) haben erklärt, daß ihre Naturschätze - Öl und Diamanten - nicht zum Bund gehörten (Schmidt-Häuer, 1997). Die Verfassung der Republik Sacha sieht bereits eine eigene Armee vor (Schmidt-Häuer, 1997). Selbst in Moskau haben inzwischen dreizehn Regierungsstellen eigene bewaffnete Streitkräfte geschaffen. Die Sorge vor einem Zerfall a la Jugoslawien ist eine der

Ursachen des Pochens Moskaus auf eine konkrete völkerrechtliche Verbindung zur erweiterten Nato.

- **Überwindung der Wirtschaftskrise ?**

Ich bin kein Wirtschaftsfachmann. Viele Prognosen von Fachleuten haben sich als zu optimistisch erwiesen. Ich habe versucht, die Ursachen dafür zu benennen: keine erfolgte Entmonopolisierung, Scheinprivatisierung, Steuerflucht, Korruption, Wirtschaftskriminalität, Verelendung weiter Teile der Bevölkerung, die nur aufgrund der wachsenden Schattenwirtschaft überleben kann, Flucht in Geldsurrogate und andere Tauschmittel aufgrund der einseitigen, vom IWF diktierten monetaristischen Stabilisierung. Der Staat, der 70% seiner Einnahmen verlor und keine Gehälter mehr zahlen kann, steht vor dem Bankrott. Die Menschen haben dieses mit bewundernswerter Geduld ertragen. Die Streiks und Proteste nach der Wiederwahl Jelzins zeigen aber, daß die Geduld der Menschen zu Ende geht. Strukturreformen müssen daher in Angriff genommen werden; Korruption, Steuerflucht und Mafia müssen entschieden bekämpft werden. Dies erscheint jedoch aufgrund der Verquickung zwischen Mafia und Nomenklatura und der Schicht der Neureichen eher unwahrscheinlich zu sein. Das Einkommensgefälle müßte bekämpft werden, Investitionsanreize geschaffen werden, damit die soziale Lage der Bevölkerung endlich verbessert werden kann und Rußland zu sozialer Stabilität und gesellschaftlichem Frieden finden kann. Ich bin leider sehr skeptisch, daß dieses unter den gegenwärtigen Bedingungen gelingt.

- **Rückkehr zum patrimonialen Staat mit begrenztem Pluralismus**

Dies ist die Perspektive, die die meisten Forscher (Blumenthal, 1995, Leonhard, 1996) voraussehen. Dies scheint mir auch kurz- bzw. mittelfristig, nicht langfristig, die realistischste Perspektive zu sein. Rußland wurde immer von Personen regiert, seine Institutionen waren immer schwach. Die Sehnsucht nach einem starken Mann und einer sinnstiftenden Ideologie ist groß. Das System legitimiert sich durch Rückgriffe auf die "ruhmreiche" Vergangenheit, dem Bekenntnis zur russisch-orthodoxen Kirche und zum Sieg im Zweiten Weltkrieg. Der von der Jelzin-Führung im August 1996 ausgeschriebene Wettbewerb, der die besten Vorschläge für eine neue nationale Ideologie belohnt, zeugt von der Suche nach ungebrochener Legitimität. Die demokratischen Entwicklungen werden allerdings nicht rückgängig gemacht werden, die Elite und die Bevölkerung gewöhnen sich zunehmend an demokratische Spielregeln. Allerdings scheint die Entwicklung aus den genannten Gründen das bestehende Präsidialsystem zu konservieren, ein parlamentarisches System ist aufgrund der institutionellen Schwächen unwahrscheinlich.

- **Was kann der Westen tun ?**

Der Westen sollte weiter Kredite geben, allerdings zweckgebunden für kleine überschaubare Projekte, die genauestens auf ihre Rentabilität geprüft wurden. Sonst versickert das zur Hilfe vorgesehene Geld. Daß Rußland bereit ist, eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen, zeigt die - zumindest in Bezug auf die Neuverschuldung nach dem Ende der UdSSR - gute Zahlungsmoral und die Aufnahme in den IWF, der allerdings eine zu monetaristische Politik betreibt. Der Westen sollte unbedingt auf Bevormundung verzichten, da dies die russischen Minderwertigkeitsgefühle verstärken würde. So sollte er - wie schon erwähnt - auf die Nato-Osterweiterung verzichten oder zumindest Rußland in die europäischen Sicherheitsstrukturen einbinden. Dies steht aber leider z. Zt. nicht zu erwarten.

8. Fazit

Über den weiteren Weg Rußland gibt es - erwartungsgemäß - unter den Sowjetforschern Uneinigkeit. Während die einen trotz der Rückschläge die Festigung demokratischer Traditionen erwarten und nach dem Prinzip Hoffnung - für die Zukunft zivile Verhältnisse erwarten, konstatieren die anderen die Verfestigung des gemäßigt autoritären patrimonialen Systems. Ich fürchte, daß letztere im recht sind. Allerdings kann niemand die Zukunft voraussehen: die Perestroika Gorbatschows wurde von niemandem für möglich gehalten. Die massive Wirtschaftskrise verhindert jedoch die Festigung demokratischer Strukturen und führt zur Sehnsucht nach dem "starken Mann". Ermutigend sind allerdings, daß sowohl die Präsidentschafts-, als auch die Parlamentswahlen entgegen aller Unkenrufe stattgefunden haben und ihre Ergebnisse akzeptiert wurden. Dies läßt eine zunehmende Akzeptanz demokratischer Verfahren sowohl durch die Bevölkerung, als auch durch die politischen Eliten erkennen. Die Wahlbeteiligung beim 2. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen lag bei 70% der annähernd 106 Mio. Wahlberechtigten. In den Städten, die aufgrund der soziologischen Entwicklung den Demokratisierungsprozeß tragen, lag sie noch höher (Moskau: 77,3%, St. Petersburg: 73,9%, Jekaterinburg: 77%, Perm: 71,7%.)

Dies gibt Anlass zur Hoffnung, daß sich doch allmählich eine demokratische Zivilgesellschaft entwickelt.



Ausführung und Design by 

Stand des Aufsatzes: 1996

Leider wurde die Literaturliste vergessen.